ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

DIENSTAG, 16. JULI 1974 • PREIS: IL 1.— יום שלישי, כ״ו בתמוז תשל״ד ★ המחיר: 1 ל״י

Beratung der IAP-Gremien über Koalitionsbeitritt der RNP

Für heute abend ist eine Si-ng der leitenden Gremien der -aelischen Arbeitspartei über e Frage des Koalitionseintritts r Religiös-Nationalen Partei verschoben worden. Die Sitzung hätte eigentlich bereits gestern vormittag stattfinden sollen. In der Zwischenzeit finden nach wie vor informelle Besprechungen statt, sowohl zwischen Vertretern der IAP und der RNP, als auch mit den Repräsentanten aller Koalitionsparteien.

Unberührt von der zweifellos durchaus spürbaren Abneigung der öffentlichen Meinung im Lande gegen einen Einschluss der Religiös-Nationalen in die Regierung Rabin, hielt auch gestern Oberrabbiner Schlomo Goren weitere Beratungen mit allen in Frage kommenden Partner ab. Goren übt starken Druck sowohl auf die Religiös-Nationalen als auch auf die Arbeitspartei aus, da er grosses Interesse daran hat, die RNP wieder in der Regierung zu sehen. Augenscheinlich hat er auch die amerikanischen Rabbiner, die Anhänger in Israel haben, davon überzeugen können, es sei von grosser Bedeutung, dass die Religiösen im Kabinett vertreten sind.

Auch gestern blieben die Repräsentanten der kleineren Gruppen, welche im Kabinett sitzen, die Unabhängigen Liberalen, die Bürgerrechtsliste und die Mapam, bei ihrer Meinung, **es dürften den Religiösen in allen standesamtlichen Fragen keine weiteren Zugeständnisse gemacht werden.** Auch immer weitere Kreise in der Arbeitspartei schliessen sich dieser Ansicht an. Im Publikum wächst ebenfalls spürbar der Widerstand gegen weitere Konzessionen an die RNP, selbst auf die Gefahr hin, dass das Kabinett Rabin auch weiterhin mit seiner knappen Parlamentsmehrheit regieren muss.

Indexsteigerung : 0.3 Prozent

-ach den Ermittlungen des -tistischen Zentralamtes ist Lebenshaltungs-Index im -nat Juni lediglich um 0.3% -iegen. Gegenüber dem Vor-nat ergab sich eine Steige-g von 0.7 Punkten, von 218.7 219.4 Punkte im Vergleich Ausgangsbasis von 100 im -e 1969.

-esonders Möbel und Haus-geräte sind im Preis gestie-während sich bei einigen Le-mitteln sogar Preisrückgän-rwiesen. Ohne Obst und Ge-s wies der Index eine Stei-ng von 22.3 Prozent auf. Im -lnen sind Erwachsenenbe-mg um 3.6 Prozent, Möbel 2.6 Prozent und die Woh-shaltung um 1.7 Prozent ge-m, während die Grosshan-reise im allgemeinen einen -ieg von 2.2 Prozent zu ver-nen hatten. Unter den Le-nitteln, die insgesamt um Prozent im Preis zurück-igen sind, wiesen Geflügel, -ise und Obst die bedeu-ten Preisrückgänge auf. To-n sind sogar um 32 Prozent -reis gefallen.

BEN-ZION VERHAFTET

-oschua Ben-Zion, der Ge-lirektor der zusammenge-enen Bank Erez Israel — -mia ist von der Polizei ver-worden. Der Haftbefehl auf zunächst 48 Stunden, aber nochmals verlängert -n.

-en ausführlichen Bericht -lie Situation im Bankkrach -n wir auf S. 2.

US-Finanzminister William Simon verzeichnete Erfolge in Kairo

Der amerikanische Finanzminister William Simon konnte in Kairo einen grossen Verhandlungserfolg ankündigen. Nach einer längeren Besprechung mit dem ägyptischen Vizeministerpräsidenten Abdul Asis Aschassi gab Simon bekannt, Ägypten habe sich prinzipiell bereit erklärt, für expropriierte amerikanische Firmen in Ägypten Entschädigungen zu zahlen. Der Wert der ehemaligen amerikanischen Einrichtungen beläuft sich auf schätzungsweise 7.5 Millionen Dollar. Eine gemischte ägyptisch-amerikanische Kommission wird die Einzelheiten der Kompensationszahlungen aushandeln. Simon gab gleichzeitig bekannt, dass Ägypten in der Suezkanalgegend auf zwei Erdölfelder gestossen sei und nun hoffe, bis 1980 täglich rund eine Million Barrel Oel fördern zu können. Die Ägypter seien auch optimistisch in bezug auf zukünftigen Export von Erdgas, gab Simon an einer Pressekonferenz in Kairo bekannt.

(UPI) — Folgende Übereinkommen wurden nach den Aussprachen mit Finanzminister Simon unterzeichnet: ein Abkommen über den amerikanischen Anteil beim ägyptischen Wiederaufbauprogramm — ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung — ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei Investitionsvorhaben und verschiedenen anderen Wirtschaftsprogrammen.

Bei der Verabschiedung seines Gastes versicherte Präsident Sadat, dass die Beratungen zur Erlangung des Friedens im Nahen Osten dazu beitragen. Er bat den Finanzminister, die Grüsse Aegyptens an die USA zu übermitteln.

Militärputsch in Zypern

Widerspruchsvolle Meldungen ueber das Schicksal von Erzbischof Makarios

„Ich bin nicht tot — ich lebe", rief Erzbischof Makarios über eine Rundfunkstation Zyperns seinem Volk zu. Er verband mit diesem ersten Lebenszeichen einen Aufruf, den Kampf gegen die Rebellen fortzusetzen.

Die Putschisten verbreiteten zur gleichen Stunde über den Sender von Nikosia, den sie besetzt halten, weiterhin die Meldung, dass Erzbischof Makarios tot sei.

Nach Meldungen, die von den auf der Insel stationierten 2.300 UN-Soldaten in Schweden eintrafen, bestünde jedoch kein Zweifel darüber, dass der Erzbischof an seinem Zufluchtsort lebe. Zugleich wollen die UN-Einheiten erfahren haben, dass Erzbischof Makarios die UN-Truppen um die Übernahme der Schutzherrschaft bitten werde und zugleich die Einberufung des Sicherheitsausschusses der Vereinten Nationen zu beantragen gedenke.

Die ganze Situation war jedoch in den gestrigen Abendstunden noch völlig unklar. Verschiedene Nachrichten-Agenturen meldeten anhaltende Kämpfe und Schiessereien auf der Insel.

Die Militär-Revolution begann gestern in den frühen Morgenstunden.

Nach Meldungen, die in den Mittagsstunden über Beirut eintrafen, soll der 61jährige Erzbischof Makarios beim Militäraufstand ums Leben gekommen sein.

Wenig später teilte Radio Nikosia mit, dass der 39jährige **Nikola Sampson** als neuer Präsident von Zypern vereidigt worden ist. Er hatte im Rahmen der EOKA unter General Grivas für den Anschluss der Insel an Griechenland gekämpft. Die Vereidigung leitete Bischof Genadius, der anstelle von Erzbischof Makarios zum Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche ernannt worden ist. In seiner ersten Rundfunkansprache erklärte Sampson, dass Zypern weiterhin als blockfreier neutraler Staat bestehen werde. Danach waren alle Verbindungen mit der Insel für mehrere Stunden unterbrochen. Es sickerte jedoch die Meldung durch, dass Erzbischof Makarios noch am Leben ist und bei den Briten Zuflucht gefunden hatte. Von dort aus soll er die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Rebellen aufgerufen haben.

Während den ganzen Unruhen standen die Armeen Griechenlands und der Türkei in höchstem Bereitschaftszustand. Der türkische Regierungschef hatte alle Staaten gewarnt, dass sie keinerlei Beeinträchtigungen der Rechte der Türkei in Zypern durch gleich welchen anderen Staat dulden werde.

Alle Israelis, die auf der Insel leben, befinden sich wohlauf.

Der Konflikt zwischen Erzbischof Makarios und der Nationalgarde schwellte schon seit langem, erreichte aber vor wenigen Wochen einen ersten dramatischen Höhepunkt, als Makarios die rund 650 die Garde instruierenden griechischen Offiziere beschuldigte, einen Staatsstreich zu planen. Makarios behauptete ferner, diese griechischen Offiziere arbeiteten mit der Untergrundorganisation EOKA zusammen und strebten mit ihr den Anschluss an Griechenland an. Er forderte daher die griechische Regierung auf, 600 dieser Offiziere von der Insel abzuziehen und beschränkte seinerseits die Dienstpflicht der Griechisch-Zyprioten in der Nationalgarde auf 12 Monate. Am Samstag hätten daher 4000 der insgesamt 12 000 Gardisten entlassen werden sollen. Weitere 2000 wären ihnen im September gefolgt.

Die Sowjetunion kommentierte den Umsturz in Zypern als „eine Machtübernahme reaktionärer Kräfte", die Zypern zu einem NATO-Staat umbilden wollen. Bereits vor drei Monaten hatte die Sowjetunion die Türkei, Griechenland, die USA und Grossbritannien verwarnt, sich in interne Angelegenheiten Zyperns einzumischen. Die Sowjets hatten damals angenommen, dass die griechische Regierung einen Umsturzversuch in Zypern plant. Diese Warnung hatte die „Prawda" am Tage des Umsturzes nochmals wiederholt.

Ministerpraesident Rabin :

ZWISCHEN ISRAEL UND JORDANIEN WIRD ES KEINEN STAAT GEBEN

Unter gar keinen Umständen ist zwischen Israel und Jordanien Platz für einen weiteren Staat. — erklärte gestern Ministerpräsident Jizchak Rabin bei einem Mittagessen, das die in Israel akkreditierten Auslandskorrespondenten für ihn gaben.

Der Regierungschef sagte auch, dass es nach wie vor ungelöste Probleme der Araber, die aus dem heute unter israelischer Herrschaft stehenden Gebiet und aus Israel selbst stammen, gibt, dass es sich jedoch dabei um Fragen handelt, die nicht unbedingt als solche ersten Ranges bezeichnet werden können.

Rabin wies darauf hin, dass es das Ziel der israelischen Regierung sei, mit den arabischen Nachbarstaaten zu einer Regelung zu gelangen, in welcher ein künftiger Frieden Aussicht darauf hat, von Dauer zu sein. Hier liegt die Hauptaufmerksamkeit der Regierung, die sich darauf konzentriert, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um einen solchen Frieden herzustellen.

Der Ministerpräsident gab der Ansicht Ausdruck, dass Verhandlungen mit jenen Repräsentanten, die sich als die Sprecher der Palästinenser darstellen, unter gar keinen Umständen in Frage kommen können. Israels Friedenspläne sind engstens daran geknüpft, dass die Sicherheit des Staates im Vordergrund aller Betrachtungen steht.

-lästinenserfrage in der kommenden Woche auf der Tagesordnung der Regierung

-Regierung wird in der -nden Woche über das Pa-serproblem beraten.

-n die Behandlung dieser im vorzeitigen Stadium -n sich die Minister Pe-l Jaacobi aus. Die Mini-alili, Baram, Hillel und enthielten sich der Stim-

-ISTINENSER SETZEN -EIN UNTER DRUCK

-palästinensischen Terror-ationen wollen Jordaniens Hussein unter Druck set-mit dieser seinen Plan -öderation seines König-mit dem Jordan-West-d dem Gazastreifen zu-t. Dies gab die proter-be Beiruter Zeitung „Al -r" bekannt. Die Terro-ien zu diesem Zweck an -und Syrien gelangt und -die beiden Regierungen die erforderlichen zu unternehmen. Ägyp-äsident Sadat soll König Hussein bei dem nun für heute geplanten Kairo-Besuch des haschemitischen Herrschers von den Terroristenplänen unterrichten. Die PLO und andere Organisationen fordern weiter, dass Hussein die Abkommen von Kairo und Damaskus aus dem Jahre 1970 einhält, die ihnen Aktionsfreiheit in Jordanien zugestehen. Ferner soll Hussein als ein Zeichen seines guten Willens die PLO als einzigen legalen Vertreter der Palästinenser anerkennen. Es wird vermutet, dass Terroristenführer Arafat diese Wünsche auch dem saudiarabischen König Feisal bei seinem gestrigen Besuch in Rhiad vorgelegt hat.

„Newsweek"-Redakteur Arno de Borgrave weiss zu berichten, dass Präsident Assad dem jordanischen König Hussein gegenüber zugestimmt habe, dass die kommende Verhandlungsphase mit Israel der Erlangung einer Kräfteentflechtung am Jordan gewidmet sein muss. Sollte sich bis zum November kein Fortschritt bei den Verhandlungen über die Zukunft des Westufers ergeben, würde Syrien darauf bestehen, dass die UN-Kräfte aus der Entflechtungszone im Golan zurückgezogen werden.

Auf der anderen Seite soll der amerikanische Aussenminister **Prof. Henry Kissinger** die Absicht haben, die Sowjetunion dazu veranlassen, bei der Eindämmung der Aktivität der palästinensischen Terrororganisationen mitzuhelfen. Auf diese Weise soll den Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien der Weg geebnet werden. Die Entscheidung über den Inhalt dieser Verhandlungen dürfte nach Ansicht der Amerikaner innerhalb der nächsten 6—8 Wochen fallen.

HUSSEIN IN DIE USA?

Die Beiruter Zeitung „L'Orient — Le Jour" meldet, dass König Hussein von Jordanien sich in den nächsten Wochen oder gar Tagen nach Washington zu Besprechungen mit der amerikanischen Regierung begeben wird. Husseins Reise soll unmittelbar an seine Besuche in verschiedenen arabischen Hauptstädten angeschlossen werden. Der jordanische König will in der amerikanischen Hauptstadt versuchen, seinen Standpunkt in der Palästinenserfrage der dortigen Regierung nahezubringen und sich ihre Unterstützung zu sichern.

In den letzten Tagen kam es zu einer stärkeren politischen Aktivität im Westufergebiet. Zahlreiche Repräsentanten der dortigen Bevölkerung hielten Besprechungen zur Lage ab, vor allem, nachdem aus israelischen und ausländischen Quellen immer wieder Berichte über die künftige Position „der Palästinenser" eintrafen.

Erste „kuenstliche" Kinder leben

London (UPI, AFP) — Die ersten drei ausserhalb des Mutterleibes gezeugten Kinder leben. Dies konnte der britische Arzt Dr. Davies Sirew der Presse bekannt geben. Sirew wollte weder die Städte, in denen Kinder geboren wurden, noch deren Namen bekannt geben, doch wird angenommen, dass zumindest eines der drei Kinder heute in Grossbritannien lebt.

Medizinische Zentren der Universitäten von Leads, Cambridge, London und Birmingham hatten eine ganze Reihe von Versuchen unternommen, um Frauen, die kein Kind gebären können, doch noch zu Mutterfreuden zu verhelfen. Dabei wird die Eizelle der Mutter ausserhalb des Körpers befruchtet und der lebensfähige 7—10 Tage alte Fötus in den Mutterleib zurückgelegt, wo er sich wie bei einer normalen Schwangerschaft entwickelt. Dr. Sirew konnte bekanntgeben, dass keines der drei Kinder irgendwelche Anormalitäten aufweist.

Medizinische Wissenschaftler meinen dazu, dass bei solchen Versuchen vor allem viel Glück notwendig sei, da es nur bei einigen wenigen Fällen unter tausenden zu einer erfolgreichen Befruchtung und Entwicklung des Fötus komme. Der britische Wissenschaftler wies selbst darauf hin, dass seiner Meinung nach die Zahl solcher „künstlicher Kinder" beschränkt sei und dass auch in Zukunft nicht mit einem „Kindersegen aus der Retorte" zu rechnen sei.

DIE LETZTEN 24 STUNDEN

● **In Manchester und Birmingham** explodierten gestern in öffentlichen Gebäuden Bomben. Eine der Bomben löste ein Feuer aus, das aber rasch eingedämmt werden konnte. Die Täter sind unbekannt.

● **Auf dem Londoner Flughafen Heathrow** wurden drastische Sicherheitsmassnahmen zum Schutz gegen Terroristen eingeführt. Armee- und Polizeieinheiten rückten in die Gegend um den Flughafen ein und sollen dort stationiert bleiben.

● **123 prominente Naziverbrecher** sollen derzeit ungestört in den USA leben. Die Zeitung „New York Daily News" betonte in einem Artikel unter dem Namen „Nazis an der nächsten Tür", dass es sicherlich noch hunderte Nazis unter falschem Namen in den USA gebe.

● **89 Millionen Dollar** will die amerikanische Atombehörde vom amerikanischen Kongress verlangen, um ein bereits geplantes Nuklearbomben-Versuchsprogramm beschleunigt durchführen zu können. Die Tests sollen noch vor Inkrafttreten des sowjetisch-amerikanischen Testverbotspaktes in 20 Monaten durchgeführt werden.

● **Schwere kommunistische Angriffe** kennzeichneten die Wahlen in Südvietnam. Allein gestern sollen 24 Personen getötet, rund 120 verwundet worden sein. Bei einem Angriff auf einen Hafen sind ein grosses Munitions- und ein Oellager in Brand geraten.

● **Basketball-Weltmeister** wurde in Puerto Rico die Sowjetunion dank besserem Korbverhältnis vor den punktegleichen Mannschaften Jugoslawiens und der USA.

DAS WETTER

Temperaturen: Jerusalem . —31, Tel Aviv 21—30, Haifa 22—31, Galil 20—31, Kineret 22—38, Beer Schewa 20—36, Ejlat 26—42 Grad.

Anti-Diffamation-League der Bnej Brit wird wieder aktiv

Auf Grund der letzten Entwicklungen der Protestbewegung gegen die Lage der Juden in den arabischen Ländern, vor allem der Situation der Juden Syriens, ist die Anti-Diffamation League des Ordens Bnej Brit ausserordentlich aktiv geworden.

Wie aus dem Hauptbüro des Ordens in Washington bekannt wird, hat Bnej Brit wiederum die amerikanische Öffentlichkeit für die Juden in den arabischen Ländern mobilisiert und ist dabei, die Administration der Vereinigten Staaten darauf aufmerksam zu machen, dass seitens der Weltmächte eingegriffen werden muss, um diese Judenheit zu retten.

Bnej Brit bemüht sich auch, die Fragen, die zur Zeit nach wie vor in bezug auf die Wanderungsfreiheit der russischen Juden aufgeworfen sind, zu lösen. Der Druck der jüdischen Verbände der USA in dieser Angelegenheit geht unvermindert weiter.

FLUGZEUG ENTFÜHRT

Ein mit einem Messer bewaffneter Mann entführte eine DC-8-Maschine der japanischen Fluggesellschaft mit 83 Passagieren an Bord.

SOWJET-KOSMONAUTEN FRUEHER ZUR ERDE ZURUECK

Die drei sowjetischen Kosmonauten, die derzeit an Bord des Raumschiffes „Saljut" die Erde umkreisen, kehren früher als vorgesehen zurück. Dies teilte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS mit. Als Grund für die überraschende verfrühte Rückkehr der Raumfahrer wurden äusserst heftige Explosionen auf der Sonne angegeben.

Unsere geliebte Omi

HELENA GOLDMANN

geb. KLIPSTEIN

-nach kurzem Leiden im 90. Lebensjahr von uns -ngen.

Tief betrauert von :

LOTTE ICKELHEIMER geb. Goldmann
JENNY WAHL geb. Goldmann
ROBERT u. MALLI SOMMER geb. Goldmann
ERNA GOLDMANN geb. Guggenheim
MEYER GOLDMANN

Beerdigung findet heute, Dienstag, den 16.7.1974 um -) Uhr von der Beerdigungshalle des Beilinson-Krankenes aus auf dem Friedhof in Petach Tikwa statt.

-va: Ickelheimer, Ben Jehuda Str. 105, Tel-Aviv.

תל-אביב-יפו
TEL-AVIV—JAFO
P. P. — שולם
139

aus Israels PRESSE

DIE DEBATTE UEBER DIE PALAESTINENSER

Die Auseinandersetzung über die Palästinenser beschäftigt besonders die Leitartikel der Tagespresse.

Hazofe wendet sich gegen Anerkennung der „Palästinensischen Identität", weil dies eine Belohnung für die Mörderverbände *darstellen würde. Wer dazu bereit ist, mit diesen Verbänden* in Unterhandlungen einzutreten, der gefährdet die Existenz unseres Staates. Eine solche Anerkennung wird uns zu den Teilungsgrenzen von 1947 zurückbringen, und daher darf die Regierung sich überhaupt nicht auf eine Debatte über die Frage der Palästinenser einlassen.

Al Hamischmar äussert dagegen seine Zufriedenheit darüber, *dass der Ministerpräsident* und der Informationsminister den Komplex aufgriffen und dass die Regierung ihn mit Dringlichkeit behandeln will. Die *Regierung muss ihr eigenes Programm* zu dieser Frage vorlegen, sie muss von den Palästinensern Anerkennung des Bestehens und der Souveränität Israels verlangen ,dafür haben wir den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung und auf Eigenexistenz entweder im Rahmen Jordaniens oder in einem anderen Rahmen zuzugestehen. Es ist nicht zuletzt unsere Schuld, dass heute niemand anderer als die *Untergrundverbände* als Sprecher der Palästinenser auftritt.

Dawar formuliert unsere Stellungnahme gegenüber den Palästinensern *gemäss den Formulierungen* von Rabin in seiner Regierungserklärung: Es wird keine Verhandlungen mit den Untergrundverbänden geben, auch *wenn sie sich eine politische Verkleidung zulegen.* Die Palästinenser können ihre politischen Hoffnungen, die wir anerkennen, im Rahmen Jordaniens befriedigen, das halb palästinensisch ist.

Schearim geht auf die Erklärung des ägyptischen Aussenministers Fahmi ein, dass Aegypten nicht zur Genfer Konferenz kommen wird, wenn Israel seine Angriffe auf den südlichen Libanon fortsetzt. Daraus ergibt sich, dass Aegypten jetzt anscheinend gar nicht so sehr an baldiger Fortsetzung der Genfer Konferenz interessiert ist. Kairo *beschäftigt sich hauptsächlich* mit gewaltiger Aufrüstung, die eine Gefahr für den ganzen Nahen Osten darstellt.

DER BANKKRACH

***Haaretz** fordert von der Regierung*, nicht Steuergelder und die schnell zusammenschmelzenden Devisenreserven Israels zur Deckung der Verluste der zusammengebrochenen Bank zu benutzen. Es ist nicht Sache der Regierung, die israelischen und ausländischen Banken zu entschädigen. Es ist Sache der Banken allein, die Kreditfähigkeit ihrer Geschäftspartner zu prüfen. Der israelische Steuerzahler kann *nicht als allgemeiner Bürge für* Geschäfte herangezogen werden, die ihn nichts angehen und von denen er nichts hat. Die Bevölkerung kann nicht in jeden *Finanzskandal hineingezogen werden.*

Hamodia fordert eine gründliche Untersuchung des ganzen Komplexes. Die Folge des Bankkrachs kann Flucht von den Banken in den Grundstücksmarkt oder zu gewissen Waren sein. Dabei können alle Mängel unseres Bankwesens aufgedeckt werden, und die Fähigkeit unseres Finanzministeriums, Verluste der Banken zu decken, ist begrenzt.

DIE HALTUNG DER RNP

Omer spricht die Hoffnung aus, dass der geplante Beitritt der RNP zur Regierung nicht auf *Kosten der kleineren Koalitionsparteien* vor sich gehen und nicht zu deren Ausscheiden aus dem Kabinett führen wird.

DER SKANDAL IN AKKO

***Jerusalem Post** sieht in dem* Fall des Besitzers der Schlachtstelle in Akko einen neuen Beweis für das in unserer Bevölkerung verwurzelte Gefühl, dass *man Rechte nur mit Drohungen* und mit Schlagen auf den Tisch durchsetzen kann. Daher ist es gut, dass der Bürgermeister von Akko und die Beamten der Stadtverwaltung sich eindeutig gegen diese Tendenz wandten.

Moratorium für Bank Erez Israel - Britannia muss nochmals verlängert werden

Der zusammengebrochenen Bank Erez Israel-Britannia (Israel British Bank) dürfte es *kaum gelingen, innerhalb der* zehntägigen Frist, die ihr am vergangenen Dienstag gewährt wurde, einen genauen Ueberblick über ihre Zahlungsverpflichtun*gen und Aussenstände zu erlangen.* Der neue Leiter der Bank, **Chanoch Finkelstein**, dürfte daher um eine **Verlängerung des Moratoriums um weitere zehn** Tage ansuchen.

Der Generaldirektor der Bank Hamisrachi, Aharon Meir, tadelte inzwischen in einem Brief an den Gouverneur der Bank Is*rael, Mosche Sanbar, dessen* Verhandlungsweise vor dem Zusammenbruch der Bank. Wie Meir feststellt, hatte ihm bereits am Abend des 4. Juli ein Vertreter der Bank Erez Israel-Britannia im Gebäude der Bank Israel als einzige Möglichkeit zur Rettung der Bank den sofortigen Erwerb angeboten. Nach gründlicher Erwägung und Beratung mit seinen Assistenten musste Meir jedoch am folgen*den Tag diesen Vorschlag ab*lehnen. Er habe schon damals zu bedenken gegeben, dass eine Absicherung gegen die möglichen Verluste nicht allein durch die *Williams-Gruppe, sondern nur* durch eine uneingeschränkte Ausfallbürgschaft d. israelischen Regierung gewährleistet werden konne. Zugleich habe Meir dem Staatsbank-Gouverneur vorgeschlagen, beim Generaldirektor der Bank Leumi, Ernst Japhet, anzufragen, ob dieser allein oder gemeinsam mit der Bank Hamisrachi an einem Erwerb der Erez Israel-Britannia interessiert sei. Sanbar habe jedoch all diese Anregungen nicht berücksichtigt und keinerlei Massnahmen eingeleitet, um den drohenden Bankkrach aufzuhalten. Generaldirektor Japhet habe über die *ganze sich anbahnende Affäre* überhaupt erst durch Generaldirektor Meir etwas erfahren.

Nach der Darstellung des früheren Generaldirektors der Bank Erez Israel-Britannia habe ihm der Generaldirektor der Bank Israel, Dr. Elieser Schäfer, noch vor zehn Tagen einen „unlogischen" Vorschlag unterbreitet. Demnach sollte die Bank einen Betrag von 12 Millionen Dollar aus *Schweizer Depositen* flüssig machen und hierfür eine vorzeitige Auszahlung ihrer im Jahre 1976 fälligen Staatsanleihen von der Bank Israel erhalten. Er ha*be jedoch nicht berücksichtigt,* dass diese Depositen in der Schweiz bereits verlorengegangen waren.

Auch die letzte Regierungssitzung beschäftigte sich nochmals mit dem Bankkrach.

Justizminister Chaim Zadok *teilte mit, dass der Rechtsberater* der Regierung, Schamgar, die gesetzgeberischen Schritte prüfen wird, die anlässlich des Zusammenbruchs der Bank Erez *Israel — Britannia notwendig* sind.

Die Regierung wird über die Auseinandersetzungen um die Bank weiter unterrichtet werden.

In London wird eine weitere Verschärfung der Situation befürchtet, wenn die Bank Israel *nicht auch ihre Verpflichtungen* gegenüber der holländischen Filiale der Bank Erez Israel-Britannia anerkennt. Die Repräsentanten der Zentralbanken hatten *vor einer Woche in Basel* beschlossen, dass jede Staatsbank für Verluste aufkommen muss, die den *ihrer Aufsicht* unterstehenden Banken aus Devisengeschäften entstanden. Es war bei allerdings von Tochte[...] ken, die ausserhalb des S[...] *wirken, in dem die Mutte[...]* ihren Sitz hat, nicht ausc[...] lich die Rede. Die Vertreter[...] Bank of England wollen j[...] auch in diesem Falle der[...] Israel die volle Verantwo[...] zuschieben.

Als einzige Lösung der [...] krise scheint sich einst[...] nur die gemeinsame Erwe[...] der Bank Erez Israel-Brit[...] durch die drei israelischen [...] banken anzudeuten.

DIE ANGESTELLTE[...] STREIKEN

Alle Filialen der Bank Israel-Britannia waren g[...] *wiederum* geschlossen, we[...] Angestellten in Streik ge[...] waren. Diese fordern eine[...] sprache mit dem Finanzm[...] und mit dem Justizministe[...] mit „ihre elementaren G[...] rechte" gewährleistet wer[...]

Sühne für Anschlag auf El Al-Büro in Istanbul

Wie erst jetzt bekannt wurde, ist der 27jährige Ali el Schammi wegen Zugehörigkeit zu einer *Terrororganisation und Durchführung* von Sprengstoffanschlägen in der Türkei zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hatte jener Terroristengrup*pe angehört, die gegen Ende des* Monats April 1970 einen Anschlag auf das El Al-Büro in Istanbul durchgeführt hatten. Die Sprengladung explodierte *mit Hilfe eines Verzögerungszünders* gegen 3.30 Uhr am frühen Morgen und richtete schweren Sachschaden an. Personen wurden jedoch hierbei nicht verletzt.

El Schammi war bis 1968 in Ost-Jerusalem wohnhaft. Danach begab er sich nach Jordanien, wo er sich einer Terrororganisation anschloss, der er bis 1972 angehörte. Der Leiter dieser „Volkskampf-Front", Dr. Samir *Guscha, sandte ihn mit zwei* anderen Terroristen in die Türkei, um dort israelische Institutionen anzugreifen. Nach dem Anschlag ging den Terroristen das Geld aus. Sie beschlossen daher, ihre Pistolen gegen Haschisch einzutauschen, doch als sie dieses für *Geld verkaufen wollten*, wurden sie von ihren Partnern betrogen. Einer der Terroristen begab sich daraufhin nach Bulgarien, während sich el Schammi und der dritte *Terrorist* völlig mittellos auf den Weg nach Syrien und Jordanien begaben. Dort führte el Schammi einen weiteren Terroranschlag durch, für den er jedoch nicht verurteilt wurde. Als er im Rahmen eines Sommerbesuchs nach Israel kam, wurde er von den Sicherheitsorganen festgenommen und dem Bezirksgericht Tel-Aviv zur Verurteilung übergeben.

Die Richter Czernobilsky, Lewin und *Chalima hielten sich* trotz der Tatsache, dass der Anschlag ausserhalb Israels durchgeführt wurde, zur Urteilsfällung bevollmächtigt, weil die *Straftat gegen die Sicherheit des* Staates gerichtet war. Sie verurteilten el Schammi wegen der Zugehörigkeit zu einer Terrororganisation zu vier Jahren und wegen des Anschlags zu weiteren acht Jahren Gefängnis. Der Verteidiger von el Schammi hat gegen dieses Urteil Berufung beim Obersten Gericht eingelegt.

Fahrzeugversicherung soll um 10—12 Prozent teurer werden

Die Versicherungsgesellschaften haben eine **Erhöhung der *Prämien für die Fahrzeugversicherung* um 10—12%** beantragt. Sie führen zur Begründung an, dass ihnen im abgelaufenen Jahr nur eine Summe von 400 Mil*lionen* IL aus den Prämienzahlungen zur Verfügung stand. Es konnten daher Aufwendungen in Höhe von 40—45 Millionen IL nicht gedeckt werden.

Die *Verluste der* Versicherungsgesellschaften haben sich offenbar aus der Erhöhung der Zinssätze ergeben. Wenn sich aber die Gesellschaften an die Anweisung gehalten haben, die sie vor zwei Jahren erhielten, und einen Teil ihres Kapitals in Investitionen anlegten, müssten sich die erhöhten Zinssätze zu Gunsten der Versicherungsgesellschaften ausgewirkt haben. Damals war nämlich von einem *Zinssatz in Höhe von 9%* die Rede, während sie im vergangenen Jahr einen Zinssatz bis zu 22% erlangen konnten.

Der Aufsichtsbeamte für das *Versicherungswesen im Finanzministerium*, Dr. Picker, möchte daher zunächst die genauesten Geschäftsergebnisse der [...]cherungsgesellschaften ei[...] *bevor er* zu der Forderun[...] Erhöhung der Versicheru[...] mien Stellung nehmen kan[...] Versicherungsgesellschafte[...] ben ihm zugesichert, ihre [...] zen über das vergangen[...] bis zum Ende dieses [...] vorzulegen.

SCHARON DEMENTI[...] VERBINDUNG MIT „JULI"

MdK Ariel Scharon [...] einem Itim-Korrespon[...] dass er keinerlei Verbin[...] *mit dem* „Juli"-Verband [...] halte. Dieser Verband w[...] Kampf gegen die Ter[...] auf eigene Faust aufn[...] 300 Freiwillige sollen sic[...] für bereits gemeldet habe[...]

Der Mitbegründer des Verbandes, ein Segen (Ob[...]nant) der Reserve mit [...] Ejtan aus Beer Schewa, während des Jom Kippu[...]ges nicht seiner Einheit [...]hört, fügte Scharon hinzu [...]*dern wurde dieser erst nac[...]* Kriege für eine kurze Ze[...]ne zugeteilt. Weiterhin ver[...]te Scharon, dass er nie in [...]men einer aussermilitä[...] Organisation wirken werd[...] dern davon überzeugt ist [...] Zahal selbst das Terrorist[...]blem lösen kann.

Hauseinsturz in Bat Jam

Ein Teil eines vierstöckigen Wohnhauses in der Habrigada-Strasse in Bat Jam stürzte ein, *als ein Traktor auf dem* Nachbargrundstück *eine* Grube für den Bau eines Luftschutzraumes ausheben sollte. Personen kamen hierbei nicht zu Schaden.

Bereits zu Beginn der Bauarbeiten am Vortag hatten die Bewohner des angrenzenden Hauses *Erschütterungen bemerkt und* sogleich die Polizei benachrichtigt. Stadtingenieur Schmuel Fenn traf in den Mittagsstunden des darauffolgenden Tages ein und ordnete die sofortige Räumung des Hauses an. Auch Bürgermeister Jizchak Wolker traf noch vor dem *Einsturz* an der Baustelle ein. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits Risse im Wohnhaus gezeigt. Gegen 3 Uhr nachmittags stürzte dann die *Aussenmauer einer Wohnung* im ersten Stockwerk ein und riss einen Teil des Fussbodens mit sich in die Tiefe. *Die* Wohnungsinhaber, der 74jährige Jizchak Ofer und seine Frau Bulscha, befanden sich bereits in Sicherheit.

Die Baufirma Ginsburg, die mit dem Ausheben der Grube beauftragt war, hat angeboten, für die Unterbringung der evakuierten Wohnungsinhaber in einem Hotel aufzukommen. Sie will die Rechnung bezahlen, aber den Betrag von der Baufirma, die das Haus vor zwölf Jahren errichtet hatte, zurückfordern. Einer jener Bauunternehmer beschuldigte jedoch die Firma Ginsburg, bei den Ausbaggerungsarbeiten die Grundmauern des Hauses beschädigt zu haben. „Wenn ein *Traktor* unter den Grundpfeilern eines Hauses gräbt, muss auch das stärkste Gebäude einstürzen", sagte er. Der Stadtingenieur erklärte *einstweilen, dass er die Ergebnisse* der Nachforschungen durch die Polizei und durch den Aufsichtsbeamten im Arbeitsministerium abwarten wolle, bevor er sich zur Schuldfrage äussere. Grundsätzlich könne jedoch die Schuld nicht den Bauunterneh*mern zugeschoben werden, die* das Haus vor zwölf Jahren errichtet hatten, denn die Verpflichtung zur Einhaltung von Sicherheitsvorschriften unterliegt stets der Firma, die neben einem bereits bestehenden Gebäude Bauarbeiten durchführt.

Selbstmordversuch bei der Verkuendung des Urteils

Das Bezirksgericht in Nazaret verurteilte den 24jähr. Ahmed Gemama aus dem Dorf Jafia zu lebenslänglichem Gefängnis. Er *war für schuldig befunden worden* am 4. Dez. vergangenen Jahres seine 16jährige Verlobte, die zugleich seine Verwandte ist, ermordet zu haben. Am Vorabend der Tat war er in das Haus seiner Verlobten gekommen und hatte diese zu nächtlicher Stunde, als die *Hausbewohner* schliefen, zuerst bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen und dann in einen Brunnen in der Nähe des Hauses gestürzt. Er *hatte die Mordtat zunächst* geleugnet, wurde aber im Laufe des Prozesses durch die Nachforschungen der Polizei der Tat überführt.

Als der Richter das Urteil verkündet hatte, schnitt sich Gemami *mit* einem Rasiermesser, das er unter seinen Kleidern *verborgen hatte*, den Bauch auf. Die Polizisten überwältigten sogleich den Verurteilten u. brachten ihn zur sofortigen Operation in das Bezirks-Krankenhaus von *Afula*. Dort wurden seine Verletzungen als schwer bezeichnet doch besteht keine Lebensgefahr.

Neue amerikanische Jagd-Rakete zur Bekaempfung der MIG-25

(WT) — In den Vereinigten Staaten wurde kürzlich eine neue Luft-Luft-Rakete entwikkelt, welche für den Phantom*jäger* bestimmt ist. Diese neue Rakete wird nach einem ähnlichen Prinzip gelenkt werden wie die Luft-Bodenrakete vom Typ „Shrike", d.h., sie lenkt sich auf dem Radarstrahlenbündel eines feindlichen Ortungsgerätes in ihr Ziel. Im Fall der „Shrike" geht *es dabei um die Radargeräte* der feindlichen Luftabwehr-Raketenbatterien; im Falle der neuen Jagdraketen geht es um das Radargerät des neuesten russischen Düsenjägers MIG-25.

Obzwar dieser modernste russische Jäger bedeutend schnel*ler ist als die Phantom und auch* eine viel grössere Höhe erreichen kann als dieses amerikanische Jagdflugzeug, so kann die Differenz durch die besondere Schnelligkeit und die Reichweite der neuen amerikanischen Jagdrakete wettgemacht werden. Der *Einsatz dieser Jagdrakete wird* möglicherweise für Israel eine Alternative darstellen zur Erwerbung der modernen amerikanischen Düsenjäger F-14 oder F-15. Da die Phantom gleichzeitig modernisiert wird, so ist es durchaus möglich, dass sie — unter Einsatz der erwähnten Jagdrakete — einen wirkungsvollen Abfangjäger darstellen wird, auch gegen die modernsten russischen Düsenjäger.

Vorzeitige Ueberfuehrung der Gefallenen in die endgueltigen Ruhestaetten

Die Gefallenen des Jom Kippur-Krieges werden noch vor Rosch Haschana in ihre endgültigen Ruhestätten überführt werden. Damit soll den Hinterbliebenen ermöglicht werden, bereits im jüdischen Monat Elul —, *der traditionsgemäss* dem Gräberbesuch dient — die Grabstätten ihrer gefallenen Angehörigen aufzusuchen.

Das Kabinett hatte bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst. Die Regierung wird in der Knesset einen Zusatzantrag zum *Militärfriedhofs-Gesetz* einbringen, damit die Periode, während der die Gefallenen in provisorischen Gräbern beigesetzt sind, von 11 auf 9 Monate verkürzt werden kann. Ebenso ist die Bildung eines Komitees, bestehend aus drei Mitgliedern, je einem Vertreter des Verteidigungsministeriums, des Armee-Rabbinats *und der Oeffentlichkeit* vorgesehen. Dieses Komitee soll die Ueberführung der Gefallenen in ihre endgültigen Ruhestätten mit den Hinterbliebenen regeln.

AUFGABEN FUER SCHEMTOW UND MOUADI

Gesundheitsminister Victor Schemtow wurde auf der letzten Regierungssitzung zum Mit*glied der Kommission* für die Ernennung von Richtern gewählt. Dieser Kommission gehört auch Justizminister Chaim Zadok an. Die Minister Schulamit Aloni und Mosche Kol hatten Minister Gideon Hausner für diese Ernennung vorgeschlagen, doch gaben alle anderen Regierungsmitglieder ihre Stimme dem Minister V. Schemtow.

MdK Scheich Jabr Mouadi wurde erneut zum stellvertreten*den Kommunikationsminister* ernannt. Es ist dies die erste Ernennung eines Vizeministers in der Regierung Rabin.

Gefaengnisstrafe fuer fahrlaessige Toetung

Das *Bezirksgericht* Beer Schewa verurteilte den 20jährigen Bernhard Schitrit wegen Verursachung des Todes seiner 22jährigen Freundin Channa Elmakaif zu *einer Gefängnisstrafe* von zwei Jahren.

Schitrit hatte sich im Februar dieses Jahres *mit* seiner Freundin *zerstritten.* Als er sich *einige* Tage später im Hause ihrer Schwester mit ihr auseinandersetzte, traf gerade ein Soldat ein, der eine „Usi" mit sich führ*te. Schitrit ergriff* die Waffe und feuerte drei Schüsse ab, die den *Tod* der Freundin verursachten.

Die Richter schlossen sich der Auffassung der Verteidigung an und kamen zu der Ueberzeugung, dass Schitrit keine vorgefasste Mordabsicht trug, sondern lediglich die Waffe auf fahrlässige Weise benutzte. Sie hielten dem Angeklagten zugute, dass *er noch nie eine Straftat* begangen hatte, und stützten sich auf ein psychiatrisches Gutachten, in dem Schitrit seelische Gleichgewichtsstörungen und infantile Veranlagungen bestätigt wurden.

CHRO[...] der Karmel[...]

im Stadtrat [...]

CHRONIK der Karmelstadt

Sturm im Stadtrat um Stadttheater

Von ALICE SCHWARZ

Ein präzedenzloser Sturm im adtrat war kürzlich die Folge ner Rede d. Likud-Vertreters r. Dov Laufer, der von ungetzlichen und „skandalösen Zuänden" in der Leitung des Haier Stadttheaters zu berichten usste. Im Anschluss an diese orwürfe entspann sich ein ichst erregter Wortwechsel zwihen Dr. Laufer und seinem aktionskollegen Dr. Erich Löb erseits sowie dem Maarachzebürgermeister Zwi Barsilei d dem Maarach-Vorsitzenden sef Blostein andererseits. Ausicke wie „Lüge", „Politruks", leuchler", „Schande" und derichen flogen durch die elekitätsgeladene Luft.

Dr. Dov Laufer knüpfte an ı Bericht des Vizebürgermeis Zwi Barsilai an, der in er vorangegangenen Plenarung ein Referat über das eater, in seiner Eigenschaft Vorsitzender des Kuratons, vorgelegt hatte. „Die Teilmer an der Sitzung standen er dem Eindruck, dass das dttheater geistiger und kulturer Besitz der gesamten Stadtölkerung sei. Daher meinten Stadträte, als gewählte Verer dieser Bevölkerung auch Mitspracherecht zu haben!" e Dr. Laufer.

Interdessen stellte sich aber. Dr. Laufer, manches her, was man nur als einen „ern Skandal im Kulturleben der lt" bezeichnen könne. In der ntlichen Leitung seien die lträte „neutralisiert" und tisch kaltgestellt;' alle Entidungen würden willkürlich h Vizebürgermeister Barsizusammen mit einer kleinen ppe von getreuen Funktion. getroffen.

ormal ist das Theater als Aktiengesellschaft eingetrawobei die Hälfte der Ansich in den Händen der verwaltung befindet. Die re Hälfte wurde gegen eisymbolischen Betrag von 250.- der Vereinigung der terfreunde, einer „ottomaen Gesellschaft", übertra-Der Stadtrat und der Verollen gemeinsam das Theaziten.

e Irija entsandte in den Dionsrat des Theaters 17 Mitr. Zehn von ihnen sind räte und 7 Vertreter der entlichkeit. Nach Darstelvon Dr. Laufer sind aber n drei wichtigsten Arbeitshüssen unter 19 Mitgliedern überhaupt keine Stadtabgeordneten mehr zu finden!

Im Finanzausschuss, der über einen Jahresetat von fast vier Millionen IL gebietet, sitzt kein einziger gewählter Stadtrat. Nur ein Stadtrat — neben Vizebürgermeister Barsilai — sei in die engere Leitung „gewählt" worden. Im Repertoire-Ausschuss gibt es nur einen Stadtrat unter acht Mitgliedern. Die zwei Likud-Stadträte in der öffenlichen Leitung seien nicht unter den 19 Mitgliedern der Arbeitskomitees. Die Erklärung: man habe eine „Apolitisierung" gewünscht...

FIKTIVE KOERPERSCHAFT

Dr. Laufer machte geltend, dass eine Ermittlung die „Vereinigung der Theaterfreunde", als fiktive Körperschaft erwiesen habe, die seit zehn Jahren keine legale Realität mehr hat.

Dr. Dov Laufer: „Skandalöse Zustände."

Sie hat aber auch keine echte öffentliche Basis. Bei der letzten Generalversammlung im Rothschild-Haus seien sage und schreibe vierzig Personen erschienen. Das nun sei die „breite öffentliche Grundlage", auf die sich die Vereinigung angeblich stützt

Und diese Körperschaft von vierzig Leutchen gelte als gleichberechtigter Partner des Stadtrates (der von einer Viertelmillion Bürgern gewählt wurde). Der Vizebürgermeister lasse die Vertreter dieser Vereinigung konstant an der Festsetzung des Repertoires, wie auch an den Beschlüssen über die Verwendung des Etats teilnehmen. Im Verlauf der stürmischen Sitzung erklärte Dr. Löb, dass der Likud sich an das Gericht wenden und eine Verfügung gegen die Theaterleitung erwirken würde, deren Beschlüsse als ungesetzlich anzusehen seien.

Am Schluss der Debatte erklärte Bürgermeister Josef Almogi (demzuliebe die Stadtratssitzungen im Rekonvaleszentenheim auf dem Carmel stattfinden, wo er sich von seinem Bade-Unfall erholt) — dass der Rechtsberater der Stadt die rechtlichen Grundlagen der Likud-Beschwerden im Auftrag des Bürgermeisters untersuchen wird.

Künstlerischer Leiter des Haifaer Stadttheaters Oded Kotler: Masochistisches Repertoir..?

Dr. Laufer ist übrigens der Meinung, dass die Stadtverwaltung keine Repertoire-Kommission sei; sie sei aber auch kein Häuflein von „frustrierten Masochisten". Vor 14 Jahren sei das Motto aufgekommen, dass die Stadtverordnetenversammlung wegen ihrer „politischen" Zusammensetzung nicht ein Theater führen könne, und daher Theaterfreunde zuziehen müsse. Doch um städtische Werke zu verwalten, müsse ein Stadtrat nicht aus Fachleuten bestehen. Die Gemeinde habe ja auch Spitäler erstellt, obwohl keiner von den Stadträten selbst operieren kann.

Dem Aussenstehenden scheint es, als ob die frustrierten Masochisten gerade eher in der Repertoire-Kommission sässen. Was man in den letzten Jahren dem Publikum im Haifaer Stadttheater oft zumutete, setzte auch bei diesem erhebliche Neigungen zum Masochismus voraus. Neben einigen beachtlichen künstlerischen Erfolgen leistete sich der künstlerische Leiter Oded Koller einige bedauerliche Entgleisungen. Auch wenn man nicht immer die Meinung der Stadtväter teilte, die häufig mitten in der Premiere entrüstet den Saal verliessen, kann man vom Haifaer Kunstinstitut ruhig ein wenig mehr Rücksicht, wenn schon nicht auf den Publikums-, so doch auf den guten Geschmack verlangen.

„MINIATUR-PAGODE" IST KEIN „UNGESETZLICHES BAUWERK"

Ein anderer Streitfall um eine „Geschmacksfrage" endete dieser Tage mit einem interessanten Gerichtsurteil. Mordechai Alexandron, dessen „Miniatur-Pagode" im Garten des Hauses Hanassistr. 2. Schlagzeilen machte und Scharen von Neugierigen herbeilockte, muss vorerst seinen reichverzierten Taubenschlag nicht entfernen.

Der städtische Richter J. Appelbaum nahm einen Lokalaugenschein vor und kam zu dem Schluss, dass der Taubenschlag nicht als solcher, sondern als Gartenschmuck diene; daher sei er nicht als „bauliche Veränderung" anzusehen.

In dieser Angelegenheit gibt es zweierlei Gerichtsverfahren: Im Jahre 1972 erfolgte seitens anderer Hausparteien eine Klage gegen Alexandron beim Friedensgericht, weil er „gemeinsames Eigentum" (den Garten) durch Anlegen von Teichlein und Errichtung eines Puppenhauses „für sich benütze." Der Beklagte wurde damals zum Entfernen der Anlagen verurteilt. Er kam dem Urteil nach, errichtete jedoch später neue „Verschönerungen", nach seinen Angaben mit Einverständnis des Hauskomitees (Waad).

Als eine Partei auch dagegen neuerlich Einspruch erhob, verlor Alexandron Prozess und Berufung: er „rettete" aber seine Pagode im letzten Moment durch Erwirkung einer einstweiligen Verfügung gegen den gewaltsamen Abriss seiner „Gartenzierden." Damit ist aber dieses Verfahren noch nicht beendet und kommt nochmals vor Gericht.

Parallel klagte auch die Iria gegen Alexandron auf Veranlassung einer Partei, die sich im Rathaus über „ungesetzliche bauliche Veränderungen" beschwert hatte. Diese Klage der Iria wurde jetzt von Richter Appelbaum abgewiesen.

„Ich habe den Hof des Hauses besucht", heisst es in der Urteilsbegründung, „insbesondere den Teil mit dem Taubenschlag. Es ist dies eine kunsthandwerkliche Arbeit und macht nicht den Eindruck, ihrem ursprünglichen Zweck entsprechend (für Tauben) benützt zu werden."

Auch der Goldfischteich sei keine ungesetzliche Baulichkeit im Sinne des Gesetzes. Der Garten sei ein idyllisches Plätzchen und „eine Augenweide" und es sei nicht am Platze, das Gesetz in seiner ganzen Schwere gegen den schönheitsbeflissenen Beklagten walten zu lassen.

Der vernachlaessigte Norden soll schnell besiedelt werden

von E. JACOB

Der Bürgermeister des Entwicklungsortes Schlomi im Norden Israels hat immer Sorgen. Jahrelang war sein Platz ein ausgesprochenes Elendszentrum gewesen, und der frühere Finanzminister Sapir hatte erklärt: „Entwicklungsstädte sind wichtig, aber die Gründung von Schlomi war ein Fehler". Die Alten in Schlomi erhielten Wohlfahrtsunterstützung in allen möglichen Formen, und die Jungen verliessen den „weitab" liegenden Platz, weil sie dort weder Hoffnungen noch Aussichten erblickten.

Heute hat der Bürgermeister andere Sorgen. Nachdem er und die Kollegen der Nachbarorte genügend über das traurige Schicksal von Schlomi geklagt hatten, begann das Handels- u. Industrieministerium systematisch Industrie nach Schlomi zu verpflanzen. Inzwischen hat auch die allgemeine Konjunktur Schlomi erreicht, und heute ist die Arbeitslosigkeit auch in diesem Platz Sache der Geschichte geworden. Aber was wird in einem Jahre sein? In einem Jahre werden einige neue Fabriken ihre Tore öffnen, und sie werden — vorsichtig geschätzt — 1000 Arbeiter brauchen. Frage des Bürgermeisters: „Werden wir Durchgangsplatz für Arbeiter sein, die anderwärts wohnen, oder werden wir neue Einwohner bekommen, die in diesen Betrieben ihren Arbeitsplatz finden?". Diese Frage hat er in der letzten Zeit immer wieder Ministern vorgelegt, und heute tendiert die Regierung dahin, im Rahmen allgemeiner Entwicklungsprogramme die Zahl der Einwohner in Schlomi von 2200 auf 5000 zu steigern und damit die notwendige Reserve an Arbeitskräften zu sichern.

Mit ähnlichen Beschwerden wie Schlomi kamen auch die Bürgermeister der Orte des Galil, Naharia, Carmiel, Safed und anderer Punkte zu den Ministerien. Jahre lang hatte die Entwicklung in Israel nach Süden tendiert: Beer Schewa war auf über 100 000 Einwohner angewachsen, Dimona, Kirjat Gat u. andere Orte wurden wichtige Industrieplätze. Demgegenüber wurde der Norden vernachlässigt, und nicht zuletzt die terroristischen Einfälle aus dem Libanon haben die Erkenntnis gefestigt, dass der Norden mit einem Netz von Siedlungen und grösseren Orten städtischen Charakters „besät" werden muss. Nach den Zusagen der Regierung soll im Norden eine neue Stadt entwickelt werden, die bis auf 100 000 Einwohner kommen soll, nach einem Plan soll das alte Safed diese Rolle übernehmen und zu einer Grosstadt mit der Basis Industrie u. Touristik werden.

Die Siedlungsabteilung der Jewish Agency hat ein Projekt vorbereitet, gemäss dem sechs bis sieben neue Dörfer gegründet werden sollen. Diese sollen nur zum Teil landwirtschaftlichen Charakter tragen, sie sollen sich auch auf Industrie stützen. 1000 Familien sollen zur landwirtschaftlichen Ansiedung kommen, während weitere 14.000 Personen als Arbeitskräfte für d. neue Industrie eingesetzt werden sollen. Angesichts der allgemeinen Finanzschwierigkeiten des Landes wird die Durchsetzung eines solchen Entwicklungsplanes auf grosse Schwierigkeiten stossen, aber die politischen Erwägungen stellen auch wirtschaftliche Hindernisse an zweite Stelle.

Das Gleiche gilt für die Besiedlung der Höhe von Golan. Seit langem dachte Israel an die Gründung einer neuen Stadt auf der Höhe von Golan anstelle des -inzwischen an Syrien abgegebenen- Ortes Kuneitra. Die Syrer hatten in der ersten Zornesanwandlung erklärt, sie würden eine solche Stadt mit ihren Geschützen vernichten. Inzwischen sprechen israelische Regierungskreise nicht mit aller Deutlichkeit über das Projekt, aber es ist zweifellos weiter lebendig. Jeder Zweifel an der Zugehörigkeit der Höhe von Golan zu Israel soll ausgeschaltet werden, und die Regierung und die Siedlungsabteilung der Jewish Agency wollen auf der Höhe von Golon sieben bis neun Orte gründen, Von diesen werden zwei landwirtschaftliche Punkte sein, während die anderen als „Industriedörfer" aufgezogen werden sollen.

Ausserdem ist ein städtisches Zentrum vorgesehen, dessen Charakter noch nicht genau bestimmt ist. Ebenso wie Israel an der Höhe von Golan festhalten will, soll auch von Aufgabe der Jordan-Senke keine Rede sein. Auch dort ist an die Gründung von drei bis vier neuen Dörfern und an Schaffung eines städtischen Zentrums gedacht.

Gruppen von Experten sollen die vorliegenden Pläne im einzelnen prüfen, und trotz aller Schwierigkeiten sollen die Projekte möglichst bald in Angriff genommen werden. Die grosse Landwirtschaftskonferenz des Arbeitersektors beschloss, neue Siedlergruppen zusammenzustellen und die notwendigen Helfer für den Aufbau der neuen Orte zu liefern.

FEISAL BERIET SICH MIT US-BOTSCHAFTER

Beirut (UPI) — Der saudiarabische König Feisal empfing den amerikanischen Botschafter in seinem Land, James Aikins, in seinem Sommerpalast. Dies gab der saudiarabische Rundfunk bekannt, ohne allerdings auf Einzelheiten der Unterredung einzugehen. Es wird angenommen, dass sich Feisal mit Aikins über den bevorstehenden Besuch des amerikanischen Finanzministers Simon in Rhiad unterhalten hat.

NACH MEKKA

Der Bürgermeister von Hebron, Scheich Jaabari, begibt sich als Pilger nach Mekka und will an der moslemischen Konferenz teilnehmen, die dort abgehalten werden wird. Jaabari will auch mit dem saudischen Prinz Feisal zusammentreffen und das Problem Jerusalem mit ihm besprechen.

WIE ANDERE ES SEHEN:

Noch leben im Galil mehr Drusen und Araber

Manfred E. Schröder, schreibt in der SZ:

Der Stacheldraht glitzert in der Sonne: er ist erst vor wenigen Wochen angebracht worden; zu einem breiten Verhau geflochten, soll er Israels Norden vor dem Eindringen von Terroristen über die Grenze hinweg sichern. Schmale, frisch geteerte Strassen verlaufen entlang der Sperre. Soldaten fahren hier mit gepanzerten Kettenfahrzeugen regelmässig Patrouillen. Wachtposten überschauen das hügelige Gelände.

Die Armee sichert hier am „Mittelabschnitt" der Grenze zum Libanon eine dünn besiedelte Region mit steilen Kalkbergen, wo Wälder und Gebüsch eindringenden Freischärlern gute Deckung bieten können. Das hatte sich im Mai gezeigt, als ein palästinensisches Kommando zwölf Kilometer südlich der Demarkationslinie in dem Städtchen Maalot eine Schule besetzte und den Tod von 27 Menschen verursachte.

In diesem nur in den Tälern fruchtbaren Gebiet, wo arabische Bauern an der Strasse Gurken und Melonen feilhalten und wo jahrhundertealte Ölbäume die kargen Dörfer umgeben, soll in den nächsten Jahren der Schwerpunkt der israelischen Siedlungspolitik liegen, obwohl jedes landwirtschaftlich nutzbare Fleckchen Erde bereits bebaut ist. Es sind nicht nur Sicherheitserwägungen, die Israel zu den neuen Plänen veranlassten, nach denen hier bis 1984 einige Milliarden investiert werden sollen. Bei der Siedlungsabteilung der Jewish Agency, werden noch andere Gründe genannt: Es geht darum, Einwanderer unterzubringen und die überfüllten Bevölkerungszentren an der Küste zu entlasten. Vor allem aber geht es um die Judaisierung Galiläas.

In dem Bergland, das sich von Nazareth nach Norden erstreckt, leben 146 000 Araber und Drusen, doch nur 62 000 Juden, obwohl das Gebiet seit 1948 zu Israel gehört. Das Schlagwort von der Judaisierung Galiläas ist nicht neu, und es ist auch nur teilweise zutreffend: Wenn sich alle Vorstellungen der Jewish Agency erfüllen, dann erhöht sich der jüdische Bevölkerungsanteil in den nächsten zehn Jahren von 30 auf 35 Prozent. Wärend sich die arabischen Dorfbewohner nach den Voraussagen der Statistiker auf 189 000 vermehren werden, soll die Zahl d. jüdischen Bürger auf 104 000 anwachsen. Junge Ehepaare sollen mit Steuerprivilegien, Wohnungszuschüssen und anderen Vergünstigungen in die Entwicklungsgebiete gelockt werden: vor allem aber sollen sich Immigranten — sie kommen gegenwärtig vorwiegend aus der Sowjetunion — hier niederlassen.

Da angesichts der intensiven Bodennutzung und in Anbetracht der Wasserknappheit keine neuen landwirtschaftlichen Siedlungen errichtet werden können, sollen vor allem die bisherigen städtischen Kristallisationspunkte und die bereits bestehenden jüdischen Ortschaften ausgebaut werden. Die Region, die nur das Hügelland aber weder den Küstenstreifen noch den See Genezareth mit dem Jordantal umfasst, soll das auf einer Höhe liegende Safed als Zentrum erhalten. Das alte Städtchen der Kabbalisten solle einmal 100.000 Einwohner haben, versprach vor wenigen Tagen der neue Wohnungsbauminister Ofer. Realistische Pläne sehen hingegen vor, dass die 13.600-Einwohner-Stadt bis 1980 rund 17.500 Menschen in ihren Mauern bergen soll. 45.000 sollen es 1992 sein. Die weiteren vorgesehenen Zentren sind Nazareth — wo über der arabischen Altstadt ein kräftig wachsendes Ober-Nazareth entstanden ist —, dazu das Städtchen Maalot und der Entwicklungsort Carmiel, 30 Kilometer nordöstlich von Haifa.

Fragt man den Ratsvorsitzenden von Carmiel, Baruch Venger, worauf er am meisten stolz sei, dann kommt er auf die Geschichte seiner jungen Gemeinde zu sprechen — von 1964 an, als 150 Familien hier lebten, von denen viele wieder wegziehen wollten, während ohnehin noch 700 Wohnungen leerstanden. Es gab damals für Jahre keine Aussicht auf eine richtige Autostrasse, eine Wasserleitung und auf Anschluss an das Stromnetz. Doch heute leben 8.000 Menschen in einer gut funktionierenden Stadt mit kantigen, weitgehend schmucklosen Wohnhäusern, die durch breite Strassen getrennt sind, auf denen es noch keine Parkschwierigkeiten gibt. Die Stadtmitte besteht aus einem grossen Betongebäude für die Stadtverwaltung, für kleine Geschäfte und für einige spartanische Cafés. Die ganze Ortschaft liegt in einem breiten Tal und ist von einer karstigen Steinwüste umgeben, in der ein flaches Gelände für ein kleines Industrieviertel gefunden wurde. Im Vergleich zu anderen solchen Neugründungen, von denen es in Israel viele gibt, ist Carmiel nicht aussergewöhnlich, nur etwas sorgfältiger angelegt und sauberer gehalten.

Freilich, auch in Carmiel sind nicht alle Blütenträume gereift. So ist Baruch Venger mit Voraussagen über die Zukunft vorsichtig. Nach den Entwürfen des Wohnungsbauministeriums ist die Stadt jedenfalls auf 50.000 Bewohner angelegt, die bis zum Jahrtausendende hier einziehen sollen. Venger hingegen meint, wenn einmal erst eine Grösse von 20.000 oder 25.000 erreicht sei, dann sei auch der Service genügend ausgebaut. Und damit hebe sich auch die Lebensqualität in diesem Bezirk: In einem Umkreis von 20 Kilometern wohnen in rund 30 Dörfern mehr als 70.000 Araber und Drusen.

Heute sind erst 700 Araber in Carmiel tätig, vorwiegend als Bauarbeiter. Mit dem Wachstum der Industrie — kleine Elektronik-, Wankelmotor-, Kunststoff- und Gummifabriken sind geplant

(Fortsetzung auf S. 5)

Mit schoener Hoeflichkeit diktiert das aethiopische Militaer

Aus Addis Abeba berichtet Rolf Seelmann-Eggebert in der „FAZ":

Man kann die Uhr danach stellen. Punkt acht Uhr morgens blasen die Trompeter der kaiserlichen Garde zur Wachablösung. Eine Stunde später öffnet sich das Tor des „Jubiläums-Palastes" in Addis Abeba und Kaiser Haile Selassie fährt von seinem Wohnsitz zum einen Kilometer entfernten „Grossen Palast". Unterwegs lässt er d. weinrote Limousine abrupt halten, um die Petition einer Äthiopierin entgegenzunehmen. Sie ist vom Bürgersteig aus vor ein Begleitfahrzeug gesprungen. In seinem Amtssitz gewährt der 81 Jahre alte Monarch Audienzen, dort ernennt und entlässt er, bis ihn eines der vielen äthiopischen Kirchenfeste um die Mittagszeit zum Gebet in die „Jesus-Christus-Kirche" ruft. Wenn man die Hofberichte liest, die tags darauf *in den Zeitungen erscheinen*, könnte man glauben, es habe nie eine Meuterei im Lande gegeben, geschweige denn eine Revolution. Das Protokoll breitet über alles einen Schleier ehrerbietiger Vokabeln.

Die Soldaten aber am Flugplatz und vor den beiden Rundfunkstationen reden deutlicher. Unzufrieden mit dem Tempo, in dem die Regierung das Reformwerk vorantreibt.

In Äthiopien selbst war nie von „Forderungen" die Rede. Es hiess, die Armee habe dem Kaiser eine „Petition" überreicht, woraufhin dieser entsprechende „Direktiven" erteilt habe. Das ist der neue Regierungsstil in Äthiopien. Das Militär diktiert, aber immer schön höflich.

Wer das genau ist, „das Militär", darüber zerbrechen sich Diplomaten und Journalisten in Addis Abeba seit Wochen den Kopf. Bald nach der Februar-Meuterei der in *Asmara* stationierten 3. Division haben sich bei Heer, Marine, Luftwaffe und Polizei „Ausschüsse" gebildet, offenbar nicht nur nach Teilstreitkräften und Garnisonen unterschieden, sondern auch nach Dienstgraden. Aus diesem Gestrüpp scheint jetzt das „Komitee der Streitkräfte" hervorgegangen zu sein, dessen Vertreter Kaiser Haile Selassie in der vergangenen Woche ihren Katalog von Forderungen präsentierten.

Bezeichnenderweise ist von dieser „Audienz" nie ein Foto erschienen, denn das Komitee lebt in völliger Tarnung, *kommuniziert mit der Aussenwelt nur* über Kommuniques, die von der äthiopischen Nachrichtenagentur verbreitet werden, und hat seine Anonymität bislang nie gelüftet. Das mag Sicherheitsgründe haben, vielleicht auch damit zusammenhängen, dass über die endgültige Zusammensetzung *noch nicht abschliessend* entschieden ist. Aber es spricht einiges dafür, dass dem Komitee gegenwärtig überwiegend Hauptleute und Majore angehören und dass sein harter Kern aus Angehörigen der in der Hauptstadt stationierten 4. Division besteht.

In einer 13 Punkte langen Erklärung, die das Komitee jetzt in Addis Abeba verteilen liess, wird unter anderem an alle befreundeten Regierungen appelliert, Äthiopien auch weiterhin technische Hilfe zu gewähren, „da sich die Bewegung der Streitkräfte der nationalen Entwicklung und dem Fortschritt geweiht" habe. Regierungen und internationale Agenturen, die in der Vergangenheit die Hungerkatastrophe bekämpft hätten, müssten ihre Anstrengungen verdoppeln. *Sie sollten sich davon* durch die gegenwärtige politische Situation nicht abbringen lassen.

Wenn man weitere Punkte der Erklärung mit früheren Kommuniques und Beobachtungen vergleicht, werden folgende Zielvorstellungen der Streitkräfte erkennbar:

1. Alle diejenigen, die in der Vergangenheit „Autorität und öffentliche Gelder missbraucht" haben sollen vor Gericht gestellt werden. Diesem Ziel dienen die *über die Hauptstadt verhängte* Ausgangssperre, das Ausreiseverbot, Restriktionen beim Abheben von Bargeld. Rund siebzig Personen sind schon inhaftiert worden, haben sich freiwillig gestellt oder werden noch gesucht, unter ihnen ehemalige Minister, Provinzgouverneure, Senatoren, Offiziere, Berater der Krone, kurz: Säulen des einstigen Feudalregimes. Kaum eine der „grossen Familien" wird verschont.

DER KAISER BILLIGT UND HEISST GUT

2. Es gibt bislang kein Anzeichen dafür, dass die Streitkräfte selbst die Administration oder einzelne Ressorts übernehmen wollen. Es fällt auf, dass die gesuchten Vizeminister alle aus der vorausgegangenen in die neue Regierung übernommen und nicht von Endalkachen Makonnen ernannt worden sind. Das Militär sichert zu, „alle inneren und äusseren Hindernisse" aus dem Wege zu räumen, die die Funktionsfähigkeit der Regierung einschränkten.

Allerdings ist nicht auszuschliessen, dass sich Kabinettsmitglieder in Zukunft weigern könnten, als Marionetten des Militärs zu tanzen. Schon jetzt ar*beitet man in einigen Ministe*rien kaum noch. Unter diesen Umständen könnte sich das „Komitee der Streitkräfte" eines Tages gezwungen sehen, die Tarnung aufzugeben und doch einige seiner Mitglieder ins Kabinett zu schicken.

3. Das Militär hat immer wieder betont, dass es die Landreform verwirklichen und damit eine der Voraussetzungen für den Übergang vom Feudalismus zu einem auf der Gleichberech*tigung der Bürger beruhenden* Staatswesen schaffen will. Die Streitkräfte scheinen aber nicht nur die Landlosen, sondern auch das Schicksal anderer unterprivilegierter Gruppen im Auge zu haben.

Über Ausschüsse von Soldaten und Unteroffizieren heisst es, es seien auch Galla in das „Komitee der Streitkräfte" aufgerückt, also Angehörige eines Mehrheitsstammes, der von der amhari*schen Minderheit oft blockiert* worden ist. Ausserdem wird man wohl bei der Ämterbesetzung mehr Moslems berücksichtigen, die bei der alles umfassenden Macht der äthiopisch-orthodoxen Staatskirche bislang nur geringe Chancen hatten, Karriere zu machen.

4. Dass die äthiopische Luftwaffe mit dem Feudalregime zugleich auch den Kaiserthron beseitigt sehen wollte, war schon im März bekannt. Nicht bekannt wurde damals, dass diese Forderung auch von nennenswerten Fraktionen des Heeres unterstützt wurde. Offenbar stürzte Haile Selassie *nur deshalb nicht*, weil sich anders als beim Putsch vom Dezember 1960, die achttausend Mann der kaiserlichen Garde voll hinter ihn stellten und die Streitkräfte *eine* Wiederholung der bewaffneten Konfrontation unter allen Umständen vermeiden wollten.

Mittlerweile scheinen jene Offiziere die Oberhand gewonnen zu haben, die den Kaiser als Symbolfigur betrachten: ein Mann, der Äthiopien zu Ansehen in der Welt verholfen hat, ein Mann auch, den gerade die Ärmsten wie einen Gott verehren. In der neuen Verfassung, auf deren rasche Verabschie*dung das Militär drängt*, soll der Thron erhalten bleiben, eine konstitutionelle Monarchie verankert werden.

Der Negus Negesti geht derweil seinem Tagewerk scheinbar ungerührt nach, füttert am Nachmittag die Pferde im kaiserlichen Marstall und die Löwen. Sinnbild seiner Macht. Macht? Es heisst, Haile Selassie habe die ihm vorgelegte Fahndungsliste gebilligt, gutgeheissen mithin, *dass Ras Asrate Kassa verhaftet* wurde, der Fürst, dessen schneller Reaktion er es in erster Linie verdankt, dass im Jahr 1960 der Putsch scheiterte, habe gutgeheissen, dass Dejazmatch Wolde Mariam verhaftet wird, Ehemann der eigenen Enkelin.

Wenn man sich die Hinter*gründe ansieht, liest man* die Hofberichte in den Zeitungen mit ganz anderen Augen. Dann erkennt man, dass sich hinter den Floskeln der Ehrerbietung Ohnmacht, Resignation und wohl auch die Überzeugung des Kaisers verbergen, auch als Galionsfigur noch eine Pflicht erfüllen *zu müssen.*

DAS WORT HAT der Leser

„FINANZPOLITIK...???"

Alle sind sich einig, dass es so nicht weiter gehen kann; von allen „offiziellen" und „inoffiziellen" Seiten werden daher Vorschläge gemacht, wie man es besser machen kann und was wird nicht alles vorgeschlagen:

Einschränken des Staatsbudgets..., aber nichts wird dazu getan!

Abwertung und/oder „schwankende" Wechselkurse?... zwecklos ohne grudlegende Aenderung der gesamten Wirtschaftspolitik!

System der vielfachen Wechselkurse (multiple currency system)... eine Katastrophe, wie die Ereignisse von 1950/52 und 1960/62 bewiesen, die zur Abwertung führen müssen (13.2.52 und 9.2.62).

(Uebrigens, die hohe Besteurung der Importe und die Subsidienzahlung für Exportvaluta bedeuten ja schon das Bestehen einer indirekten Art eines ‚vielfachen Wechselkurssystems', die eine Abwertung — wenn auch noch so ungewollt — unvermeidlich machen, da ja das strenge Festhalten an einem offiziellen Kurs, der unreal ist, da er der sinkenden Kaufkraft der inländischen Währung, hervorgerufen durch die „reissende, rennende Inflation, eine wirtschaftliche Anomalie bedeutet, die nicht für unbegrenzte Zeit bestehen kann, ausser dass diese „rennende" Inflation in eine „normale" Inflation eingedämmt werden kann, was bei den jetzigen bestehenden Methoden unmöglich ist.)

*Ich finde, dass bei all den gut*gemeinten Vorschlägen sowohl seitens der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer (jede dieser beiden Seiten will der anderen die Last der Wirtschaftsänderung aufbürden) der wichtigsten Vorschläge und zwar:

Erhöhung der Arbeits im weitesten Sinne des W und auf allen „Gebieten" in jeder „Hinsicht", wie Pünktliches Erscheinen be Arbeit, kein vorzeitiges W hen von der Arbeit, kein vatgespräche während der (nicht untereinander, nicht fonisch), Höflichkeit, Saub Verantwortungsgefühl, Spa keit an Büromaterial, kein brauch, Abschaffung „moonlightening" (d.h. do Arbeitsplätze, sodass sowo eine wie der andere Platz „ehrlich" ausgefüllt wird), etc.

Das sind nur einige v Punkte, die die Grundlag „erhöhten Arbeitsmoral" b die noch dazu keine Devise sten (sondern zur Ersparun tragen) und die Inflation men helfen.

Warum wird hiervon haupt nicht gesprochen? U ständlich!!

Dr. S. Reich,

UNSER KLEINGELD

Kann man sich vorstell USA wäre die höchste notete 25 $ oder in De land wäre der höchste 65 D-Mark? Nun, diese entsprechen ungefähr u IL 100.— Banknote.

Offenbar glaubt man a ständiger Stelle, die Ba über IL 1.000.— (sie wäre nur etwa 250 Dollar 650 D-Mark) wäre geeigne *chologisch die Inflation* beizen. Die notwendige note von IL 1.000.— wäre die Ursache, sondern die ge der Inflation.

Dr. Ernst Linz (Jeru

ALTPAPIER BEI DER POST...

Die Postdirektion Mailand kam auf eine einfache Methode, die bei Streiks liegengebliebenen Postberge abzutragen: In der Papierfabrik *von Cene bei Bergamo fand* die Polizei tonnenweise Post, die dem Werk für 14 Lire (5.5 Pf) je Kilogramm zum Einstampfen überlassen worden war. Schon vor einer Woche war herausgekommen, dass auch die Post in Rom mit demselben System *die Postbeförderung "beschleunigte"*. In den Säcken fanden die Ermittler nicht nur Drucksachen und Bücher, sondern auch Briefe, eingeschriebene Sendungen, Postanweisungen und Bankschecks. Sogar eine Gerichtsakte, die ein Amtsrichter an eine andere Justizbehörde abgesandt hatte, war unter dem "Altpapier".

KARDELJ IN KAIRO

Kairo (AFP) — Die Situation im Nahen Osten und die Beziehungen zwischen Aegypten und Jugoslawien standen im Mittelpunkt der Unterredungen zwischen dem ägyptischen Präsidenten Sadat und Eduard Kardelj. Der jugoslawische Politiker ist Mitglied des Präsidiums seines Landes und weilt derzeit zu einem offiziellen Besuch in Ägypten. Kardelj traf auch mit dem ägyptischen Aussenminister Ismail Fahmi zu Gesprächen zusammen.



100.

„Lächerlich! Ein ganz kleines Gschpusi, 1912, mit einem Offizier ... Das kann man doch nicht vergleichen! Aber in meiner Angst, dass ich schuldig geschieden werde und völlig mittellos dastehe, habe ich Ja und Amen gesagt zu allem, und er hat sie heiraten können, die geile, junge Judensau!"

„Sie war eine **Jüdin?**"

„Eine Jüdin, klar! Dieses Pack heiratet doch am liebsten in der eigenen Mischpoche!" Der Säugling im ersten Stock schrie durchdringend. „Mir hat er das Haus da gekauft, der feine Herr, erschachert, ganz billig, in der Inflation, ich sage es ja, was hat der damals für Häuser gekauft! Und zu monatlichen Alimenten ist er verurteilt worden — lächerliche Summen bei seinem Reichtum! Abgeschoben hat er mich hier heraus nach Dornbach ... Und weil mich hier keiner gekannt hat, habe ich die Geschichte von seinem Tod im Krieg und unserer grossen Liebe erfunden ... damit niemand etwas von meiner Schande erfährt ... nach siebzehn Jahren Ehe auf und davon mit einer andern!" Hermine Lippowski hob eine Faust gegen die Decke. „Aber Gott ist gerecht! So etwas lässt er nicht durchgehen, ah, nein! Es hat ihm kein Glück gebracht, dem Viktor, wie er sich an mir versündigt hat, nein, kein Glück!"

„Wieso? Ist Ihr Mann ..."

„1938, ja! Als einer von den ersten! Sie haben ihn gerade noch vor der Flucht erwischt. Und auch sein Vermögen. Die Judensau hat sich schon vorher umgebracht, und den Judenbuden dazu. Gleich im März noch. Fort mit Schaden! Auch an ihr hat Gott mich gerächt!"

„Und Ihr Mann?"

„Ist in ein Lager gekommen, habe ich gehört ... Die räumen ordentlich auf, die Nazis, das muss man ihnen lassen ...!"

48

„Ich habe Angst, Martin, ich habe solche Angst...", flüsterte Valerie nun, am Abend, im Teekammerl der Buchhandlung. „Diese Lippowski ist halb irre von Hass und Kränkung und Alleinsein ... Weis Gott, was die anrichten wird, wenn sie als Zeugin aussagt! Der Doktor Forster wird sie bestimmt nicht anfordern, aber der Kurator, das Gericht, du sagst es ja selber!"

Mit einem Ruck erhob Landau sich, goss wieder das Klas voll Weinbrandverschnitt, trank und sagte mit fester Stimme:, „Mach dich nicht verrückt, Schatz. Soll die Alte doch sagen, es ist alles nicht wahr, sie weiss von nichts! Der Forster wird sie schon in die Zange nehmen. Dass ich dauernd bei euch draussen war in dieser Zeit, das muss sie zugeben! Das stimmt! Und Lärm bei Streitereien? Na, dann hat sie eben keinen gehört. Der Forster kann sicherlich *auch so gemein sein wie sie! Er kann, zum Beispiel,* erwähnen, dass sie mit einem Juden verheiratet war. Ob ihr das so angenehm sein wird?"

„Trink nicht so viel. Du verträgst doch nichts, und wir sind noch nicht fertig. Es ist gar nicht schön, wie das aussieht."

„Ein Glück, dass ich in der Partei bin", sagte er grinsend. (Nur Valerie wieder Mut machen!) „Wenn ein Parteimitglied schwört, dann ist das ein ganz anderer Schwur, als wenn ein gewöhnlicher Volksgenosse die Finger hebt."

„Ich rede nicht von dir. Ich rede von unseren Zeugen! Deine Schwester ..."

„Die Tilly wird erklären, sie weiss von überhaupt nichts, hat sie doch selber gesagt! Na schön, wir haben es ja auch nicht an die grosse Glocke gehängt, unser Verhältnis!"

„Aber eine Zeugin für uns ist sie damit auch nicht. Und bei der Agnes wissen wir noch nicht, was ihr Pfarrer sagen wird."

„Dass sie lügen darf, natürlich!"

„Du bist ein Optimist, weil du einen sitzen hast! Vielleicht sagt er ihr, Meineid ist **in jedem Fall** eine Todsünde. Was dann?"

Die Agnes Peintinger hatte ihren Hochwürdigen Herrn, den Pfarrer Ignaz Pankrater, noch nicht aufsuchen können, denn dieser war für fünf Tage verreist.

Martin Landau setzte sich, betont forsch.

„Dann muss es eben ohne Zeugen gehen! 'Vir können nicht warten, bis wir wissen, was die Agnes tun wird. Am Montag soll das hier beim Anwalt sein. Nimm dich zusammen. Wo sind wir stehengeblieben?"

„... lebten damals ... Miete ... gewissen Lippowski ... wo Martin Landau und ich uns unauffällig ..."

„... treffen konnten", diktierte er. „Na los, schreib!"

Sie schrieb.

Er fuhr fort: „Als ich von Martin Landau ein Kind erwartete, sagte ich es diesem sofort. Er war entschlossen, mit Paul Steinfeld zu reden und ihm die Wahrheit zu erzählen. Punkt. Hm. Er ... er ..." Landau trank wieder und polterte lauthals: „Himmelarschundzwirn, ist das kompliziert!"

Valerie war wieder in Schwung gekommen, sie sprach, während sie stenographierte: „Er wollte unter allen Umständen erreichen, dass Steinfeld sich scheiden liess und das Kind als das seine, Landaus, anerkannt wurde. Er liebte mich und wollte mich sofort heiraten, doch ein Anwalt belehrte uns, das geschiedener Ehepartner nach österreichischem ! nicht die Person heiraten dürfe, mit der er den bruch begagen hatte ..."

„Woher weisst du denn das?" Landau horchte

„Das hat mir der Doktor Forster erklärt. G sätzlich hätte die Behörde dann doch noch Dispens erteilen können, und eine neue Ehesc sung wäre möglich gewesen, aber davon, sagt Doktor Forster, müssen wir ja nichts gewusst h: Das alles *hat* er mir durch die *Blume* erklär indirekt natürlich ..."

„Natürlich. Prima Anwalt, den Paul uns da fohlen hat", sagte Landau, sehr beeindruckt.

„Ich wäre also", schrieb und sprach Va „schuldhaft geschieden worden und hätte ein ur liches Kind gehabt, ohne die Möglichkeit, de Vater zu heiraten. Vor dieser Situation schrak zurück. Mit meinen Eltern war ich inzwischen zerfallen, ich hatte so viel Leid über die beiden Leute gebracht ..."

„... *und* mein eigenes Leben *zerstört ...*", stierte Landau.

„... zerstört und korrumpiert — Gedan strich —, nun sollte nicht auch noch das Kind meinen Verfehlungen *leiden. Ich* wollte an der Paul Steinfelds ausharren und alles ertragen, was diese Verbindung an Leid bescherte, so entsetz bitter das auch war — Gedankenstrich —, um Kindes willen ... Paul Steinfeld nahm die Nachr von meiner Schwangerschaft verärgert auf, denn wollte am liebsten kein Kind. Für eine Schwan schaftsunterbrechung, die er vorschlug ..."

„Das ist hervorragend! Echt jüdisch!" komm tierte Landau. (Mut, Mut, Valerie Mut machen!)

„... war es zu spät. Deshalb fand er sich mit Tatsachen ab, kümmerte sich im Laufe der J aber so wenig wie möglich um meinen Sohn stand ihm stets ablehnend gegenüber. Dasselbe fühl der instinktmässigen Abneigung brachte Sohn, als er älter wurde, in immer stärkerem M auch Paul Steinfeld entgegen, während er sich und mehr zu Martin Landau hingezogen fühlt den ich schon vor der Geburt des Kindes mögl häufig einlud, um wenigstens so oft es ging in s Gesellschaft sein zu können ..."

„Paul muss natürlich Verdacht geschöpft hab

„Das kommt jetzt ... Paul Steinfeld akzept Martin Landau nie ganz. Er war misstrauisch äusserte häufig den Verdacht, nicht der Vater Heinz zu sein. Er machte mir unentwegt Eifersu szenen, auch in Verbindung mit den verschieden Männern, die bei uns verkehrten, wobei er st auf seine ihm dubios erscheinende Vaterschaft spielte ... In dieser Weise führten wir viele J hindurch eine Ehe, die nur die Farce einer solchen — Paul Steinfeld ging seinem Leben nach, ich meinen. Gemeinsam mit Martin Landau arbe ich an Volkshochschulen ..."

„Das haben wir wirklich getan! Valerie, es ! gar nichts schiefgehen!"

(Fortsetzung folgt)

DAS WORT HAT de

Moskau gegen Informationsdienst

Immer wieder wird von sowje-
her Seite eine negative Hal-
g gegenüber den westlichen
rderungen nach einem unge-
derten Fluss von Informatio-
zwischen West und Ost be-
det. Um den ablehnenden
gumenten den Schein der Wis-
schaftlichkeit zu geben, wer-
ausser den eigenen Kom-
ntatoren in den Massenme-
zunehmend Autoren mit
m wissenschaftlichen Grad
etzt, hauptsächlich aus dem
eich der Philosophie und
chichte. Freilich tauchen da-
meistens völlig unbekannte
en auf, woraus man schlies-
kann, dass es sich um Ab-
enten von Parteihochschu-
die neuerdings auch wissen-
ftliche Diplome ausstellen,
lelt.

LATO UND SOKRATES DIENST DES KREMLS

tzt hat das Organ der Jung-
munisten „Komsomolskaja
da" das Thema des Infor-
onsaustausches aufgegriffen
„Kandidat der philosophi-
Wissenschaften", Korobje-
w, veröffentlicht unter der
rschrift „Freiheit der Infor-
on oder Formel für totalen
g" eine pseudophilosophi-
Betrachtung des Gesamt-
lexes. Ohne auf den Zu-
nenhang mit den Genfer Verhandlungen einzugehen, präsentiert Korobjejnikow die westlichen Wünsche nach einem möglichst ungehinderten Informationsaustausch als eine besonders gefährliche und heimtückische Variante des „Antisowjetismus". Da man im Westen inzwischen eingesehen habe, dass man mit direkten Druckmitteln keinerlei Erfolge erzielen könne, sei man auf den Gedanken gekommen, in die Sphäre der sozialistischen Staaten von „hinten herum" einzudringen. Solche Methoden seien nicht neu, bemerkt der sowjetische Autor, und man könne sie von der antiken Zeit an beobachten.

Zum erstenmal werden Plato und Sokrates als Kronzeugen für die sowjetische Weigerung die Zirkulation von Informationen zuzulassen, angeführt. Die griechischen Philosophen hätten die Gefahr, die dem menschlichen Bewusstsein von falschen Ideen drohten, erkannt. Korobjejnikow macht dann einen Sprung von der Antike in die Zeitgeschichte und meint, dass die westlichen Staaten bereits nach dem Zweiten Weltkrieg einen vergeblichen Versuch zur freien Verbreitung von Ideen und Informationen unternommen hätten, als sie mit der Entstehung des sozialistischen Staatensystems konfrontiert waren. Dass man im Westen der Ausbreitung von Informationen eine derart zentrale Bedeutung zuschreibe, sei nicht zufällig, denn darin sehe man offenbar die Chancen für eine „effektvolle Auseinandersetzung mit dem Sozialismus"

In diesem Zusammenhang wird vor allem der amerikanische Politologe Brzezinski attackiert. Seine Zukunftsvisionen über die Entwicklung der technischen Mittel zur Verbreitung der Masseninformationen in globalem Umfang liefen auf eine Annäherung zwischen den unterschiedlichen Systemen hinaus. Das sei eine neue Variante der Konvergenztheorie. Der sowjetische Autor meint, die früher im Westen kursierenden Thesen von einer ökonomischen Konvergenz hätten angesichts der tiefen Krise, die sich in der westlichen Welt verbreite, einen Bankrott erlitten. Daher versuche man jetzt, auf das Feld einer „geistigen Konvergenz" auszuweichen. In diesem Spiel nutze die westliche Propaganda Abtrünnige wie Solschenizyn aus, um nun den Mythos von einer angeblichen Tyrannei in der Sowjetunion zu konstruieren und mit Hilfe von verleumderischen Behauptungen ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten der UdSSR zu rechtfertigen.

FREIHEIT ALS „FREMDE IDEE"

Die ablehnende Haltung den westlichen Vorschlägen gegenüber wird mit zweierlei Argumenten bekräftigt: Einmal heisst es, die Sowjetunion und die andern sozialistischen Länder könnten nicht zulassen, dass der Informationsaustausch zwischen Ländern mit unterschiedlichem sozialem System dazu ausgenützt wurde, um ihnen fremde Ideen aufzuzwingen sowie die aus dem Wesen des sozialistischen Systems entstandenen Gesetze, Prinzipien und Sitten herabzusetzen. An einer anderen Stelle wird erklärt: „Bekanntlich sind Ideen kein Produkt der freien Phantasie der Menschen. Sie widerspiegeln die objektiven Prozesse der Wirklichkeit und der Postulate, die sich aus dem sozialen System ergeben."

JORDANIEN SOLL SICH MIT PALAESTINENSERN EINIGEN

wait (AFP) — Jordanien
ils erstes die notwendigen
te unternehmen, um zu ei-
Einigung mit den Palästi-
rn zu gelangen. Diese An-
vertrat eine kuwaitische
g im Anschluss an einen
n Besuch von Jordaniens
Hussein im Oelscheich-

eins Hauptgesprächsthemen
einen gegenwärtigen Besu-
in arabischen Hauptstädten
die Beziehungen seines
s zu den palästinensischen
organisationen. Dabei geht
allem um die Zusammen-
g der arabischen Delega-
ür die Genfer Friedensgespräche.

KUWAIT PLANT KEINE ERHOEHUNG SEINER OELPRODUKTION

Kuwait (AFP) — Kuwait denkt nicht an eine Vergrösserung seiner Oelförderung von bisher 2,5 Millionen Fässer pro Tag. Dies erklärte der kuwaitische Staatsminister Abdel Asis Hussein. Der Minister betonte ausdrücklich, dass auch die letzte Woche beschlossene Aufhebung des Oelembargos gegen Holland keine Erhöhung der Oelfördermenge mit sich bringe. Vor Beginn des Boykotts hatte Holland rund 12 Prozent der gesamten kuwaitischen Oelförderungen bezogen.

Noch leben im Galil mehr Drusen und Araber

(Fortsetzung v. S. 3)

— würden sich aber immer mehr Arbeitsplätze auch für die Araber ergeben: sie müssten dann nicht mehr ihren Broterwerb in Haifa oder Akko suchen, was täglich eine umständliche Fahrt bedeutet. Wie Bürgermeister Venger weiter unterstreicht, wird Carmiel auch für die Araber in zunehmendem Masse zum Handelszentrum, eine auch ihnen zugängliche Fachschule wird errichtet und ausserdem wird ein Krankenhaus gebaut, während gegenwärtig das nächste Hospital noch 40 Kilometer entfernt ist.

Positiv sieht die Entwicklung auch Mahmour Assadi, ein Geschäftsinhaber, der beinahe unmittelbar unter dem Amtszimmer des Bürgermeisters einen Obst- und Gemüseladen betreibt. Assadi ist Araber und wohnt in dem zwei Kilometer von Carmiel entfernten Deir-el-Asad. Mit seiner vorwiegend jüdischen Kundschaft hat er keine Schwierigkeiten. „Da zählt nur die Qualität des Obstes", sagt er auf Hebräisch, das er fliessend spricht. Freilich habe er während des Krieges an die vorbeifahrenden Soldaten auch grosse Mengen Aepfel verteilt. Ausserdem habe er Geld gespendet, und das sei in Carmiel allgemein bekannt. Er beklagt nur, dass er sein Geschäft nicht kaufen könne, weil es der jüdische Besitzer, der es nicht mehr selbst betreiben kann, lediglich verpachten will. Mahmoud Assadie muss allerdings zugeben, dass ein Teil der Familien von Deir-el-Asad die Gründung der Stadt Carmiel negativ gesehen habe: Das Land gehöre nicht den Juden, sei ihr Argument gewesen, und sie seien nicht bereit gewesen, ihren Boden zu verkaufen.

An der Sache mit dem Boden entzündet sich auch die Debatte im Dorf selbst. 70 Pfund habe die Regierung für 1000 Quadratmeter gegeben (damals gut 100 Mark). „Ein ganzes Dunam für eine Hose!" klagt ein Mann in den Vierzigern. Der Mann, der dies immer wieder ausruft, ist ein Araber, der eigentlich aus dem Libanon stammt. Um sich Besuchern verständlich zu machen, spricht er jiddisch. Während er seine Klagen laut werden lässt, hämmert er auf einen groben Kalkstein ein, dem er nach und nach die Form von gewundenen Aesten entlockt: Er produziert Grabdenkmäler, und das hat ihn seit 18 Jahren in Kontakt mit Juden gebracht, die ihm seine konfektionierten Kunstwerke abkaufen.

„Ich habe nichts gegen d. Juden", versichert er, „aber ich bin nicht für ihre Regierung." Der Steinmetz holt seinen jugendlichen Chef herbei, der Englisch spricht und nach seinen Aussagen die Reifeprüfung gemacht hat, aber seit drei Jahren auf die Zulassung zu einer israelischen Universität wartet. Er habe die kümmerliche staatliche Entschädigung für sein Land, das er vor einigen Jahren zum Bau Carmiels und der neuen Strasse habe abgeben müssen, nicht akzeptiert. (Bürgermeister Venger hatte zuvor erklärt, dass der grösste Teil des nicht in Staatshand befindlichen Landes brachgelegen habe, da es nicht bebaubar gewesen sei.)

Mit der Zeit sammelt sich eine ganze Diskussionsgruppe vor den halbfertigen Grabsteinen, und die Volksmeinung wird kund. Die Männer sind wenig daran interessiert, wenn der verhinderte Student behauptet, dass er noch nicht einmal das Schwimmbad von Carmiel besuchen dürfe. Sie haben andere Sorgen: Die Kibbuzim, die in der Region von Maalot entstanden sind, hätten alle Asphaltstrassen, Elektrizität und Anschluss an die Wasserversorgung; hier in ihrem Dorf sei nichts von alledem zu finden. Dabei seien doch die Araber in Israel mit den Juden gleichberechtigt (ausser dass sie von der Wehrpflicht befreit sind). Einer ihrer Dorfgenossen, so erzählen die Männer weiter, habe 1972 eine Fabrik für Baumaterialien in Carmiel errichten wollen. Natürlich sei das nicht genehmigt worden (aus ökologischen Gründen, wie es in der Stadtverwaltung von Carmiel heisst). In Deir-el-Asad fehlen für einen solchen Betrieb jedoch Strom und Wasser.

Die Dorfbewohner sehen aber einen gewissen Hoffnungsschimmer am Horizont: Sie mussten bereits ihren Anteil für den Neubau der Strasse und für die Anlegung elektrischer Leitungen bezahlen; und das ist in Israel ein sicheres Anzeichen dafür, dass bald mit den Arbeiten begonnen werden soll.

Ohnehin machen die Araber von Deir-el-Asad zunehmend ihren Frieden mit der Regierung in Jerusalem: Während früher hier und in dem mit Deir-el-Asad zusammengebauten Biran 80 Prozent der Wähler die antizionistischen und araberfreundlichen Rakah-Kommunisten wählten, halten sich nun die Anhängerschaft von Rakah und Regierungsblock die Waage. Viele glauben, die Regierungsparteien verträten ihre Interessen besser als die auf Bekundungen im Parlament angewiesenen Kommunisten. Mit „Ejn Brera" verdeutlicht der Steinmetz den Wandel in der Haltung seiner Mitbürger. „Ein Brera" ist ein populäres Schlagwort der israelischen Politik und heisst: Wir haben keine Wahl.

SOZIALISTISCHE MILLIONAERE

Millionär kann man auch unter kommunistischer Herrschaft werden. Manche schaffen es mit den altgewohnten kapitalistischen Methoden, andere durch Betrug.

Für den zweiten Typ steht jener Leiter einer Baumschule in Ungarn, der durch den privaten Handel mit volkseigenen Bäumen die Steuerbehörde in einem Jahr um 2 Millionen Forint betrog und vom Gericht als Forint-Millionär eingestuft wurde. Drei Jahre und vier Monate wanderte er ins Gefängnis: mit ihm einige hilfreiche führende Genossenschaftsfunktionäre."

Schlechter erging es dem Parteisekretär eines medizinischen Instituts in Tiflis, UdSSR, der allein an Bestechungsgeldern für Studienplätze umgerechnet 150 000 Dollar kassierte. Seit mehr als zehn Jahren hatte er durchgefallenen Abiturienten, Kindern von Funktionären, Studienplätze und Universitätspositionen verschafft. Pro Kopf forderte und erhielt er bis zu 13 000 Rubel. Nun soll er 15 Jahre, seine mithelfenden Professoren sollen zwei bis zehn Jahre im Gefängnis Nachhilfeunterricht in kommunistischer Erziehung erhalten.

Auf legalen Wege kann man in Polen Millionär werden. Schon die Tatsache, dass die Finanzämter jährlich zwischen 30 000 und 40 000 Strafmandate gegen „Private" verhängen müssen, spricht für den Umfang der Steuerbetrügereien. Als Millionenunternehmen mit entsprechendem Einkommen gilt der Piasecki-Konzern, der mehrere Zeitungen herausgibt und auch an den Erträgen des staatlichen Kunsthandels beteiligt ist. Da er der katholischen „Pax"-Gruppe nahesteht, werden seine Millionenumsätze noch durch niedrige Steuersätze begünstigt.

In der DDR gab es Millionäre bis zur letzten Verstaatlichungswelle in gewissen privaten und halbstaatlichen Betrieben. Das selbstbewusste und herausfordernde Auftreten des dortigen Modeschöpfers Bormann, genannt „der rote Dior", hatte die Stimmung gegen die Privatunternehmer so angeheizt, dass die Enteignung der letzten Millionärsaspiranten verhältnismässig glatt über die Bühne ging.

Doch das „kleinbürgerliche Bereicherungsstreben", das der Oberrichter am Bezirksgericht Rostock als Antriebskraft für Diebstähle rügte, findet stets neue Betätigungsfelder. Jede zweite Straftat ist ein Eigentumsdelikt, jede vierte richtet sich gegen das ‚sozialistische Eigentum'. Die Einbruchsstellen sind die Löcher im Versorgungssystem. Am häufigsten sind Diebstähle an Baumaterialien und Benzin sowie Devisenschiebereien.

Manchem Einfamilienhaus in Ostdeutschland sieht man nicht an, woher seine Baumaterialien stammen. Als eine Gruppe von 30 Dieben von Baumaterial sich vor Gericht zu verantworten hatte, zitierte der Staatsanwalt eine Redensart, die unter den Bauarbeitern kursierte: „Gäbe es einen Magneten, der Volkseigentum anzieht, dann würde von einigen Bungalows nichts mehr übrig bleiben."

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV:

ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Cinderella Liberty
CINEMA ONE: Some Like it Hot
CINERAMA: My Name 's Nobody
CHEN: Snow-White and the Seven Dwarfs
DEKEL: Serpico
ESTHER: Papillon
GAT: Avanti
GORDON: Indian Summer
HOD: Park of Love
LIMOR: Tom Sawyer
MAXIM: Le Grand Bazar
MOGRABI: The Wedding Night
ORDAN: Libido
OPHIR: Last Chance
ORLY: Abu-al-Benat
PARIS: Cries and Whispers
PEER: Venical Sin
STUDIO: Big Eyes
TCHELET: Go West
TEL-AVIV: The Three Musketeers
ZAFON: My Name ist Nobody

RAMAT GAN:

KINO LILLY: 7.15 und 9.30 Uhr: Waterloo Bridge — Rober Taylor, Vivian Leigh
4.00 Uhr: World's Great Athlete

HAIFA'

AMPHITHEATRE: Carnaval Violence
ARMON: The Sting
ATZMON: My Name is Nobody
CHEN: Papillon
MIRON: A Big Karate Hit
MORIAH: Traitemen de Choc
ORDAN: From here to Eternity
ORION: Sons of Thunder
ORAH: Daughters, Daughters
PEER: The Long Goodbye
RON: Big Eyes
SHAVIT: What the Peeper Saw

JERUSALEM

ARNON: Song of the South
CHEN: My Name is Nobody
EDEN: The Sting
EDISON: The Brave Wonderer
ORNA: 40 Carats
HABIRAH: Slaughter's big Rip-Off
JERUSALEM: Al Kapona and Company
ORGIL: Big Eyes
ORION: Sarit
SEMADAR: The First Circle
RON: Daughters, Daughters

RADIO und FERNSEHEN

IENSTAG, 16.7.1974

richten: jede Stunde;

Programm A:

Musikalische Leckerbis-
boenkonzert von Bach.
nze von Mozart, Rhapso-
Brahms. Provencalische
von Milhaud; 905 Eine
mit Arthur Grumiaux;
e); 9.55 Nachrichten in
er, 10.55 in französi-
prache; 10.05 „Die Insti-
ion"- Tonbandaufnahmen
m „Bet Hamore", Tel-
(Wiederholung): 11.00
imliches Hebräisch; 11.15
nm für Schüler in den
11.45 Erzählungen aus
srael- Arabischunterricht;
Chöre; 13.05 Mittagskon-
aus Werken von Fischer,
u.a.; 14.10 Für Mutter
Kind; 14.35 „Lebendiges
— mit Schmuel Rosen;
Radiowissen — mit Hoch-
; 15.30 Literatur der Fra-
d Antworten; 15.50 Wö-
he Zusammenfassung der
n Mischna-Abschnitte;
5 Eine Minute Hebräisch;
Musik für die Jugend —
Vardi und Prof. Scharf-
nterhalten sich mit Ju-
len (viertes Programm d.
ihe „Das Klavier von
"): 16.55 Nachrichten in
ier 17.55 in französischer
; 17.05 Jazzmusik; 17.45
a" — musikal. Rätsel
o Hed); 18.05 „Hier
; 18.55 Für den Land-
9.25 Leichte klassische
19.50 Rezitation aus der
20.0 Welt der Wissen-
(Wiederholung): 20.30
des Jerusalemer Sym-
rchesters — STEREO —
daufnahmen — Dirigent
Foss, mit Gustavo Garcia-
a (Violine) — Saint-Saens: Symphonie Nr. 3; Ben-Haim: Violinkonzert; Mendelssohn: Ouvertüre zu „Meeresstille und glückliche Fahrt; und Symphonie Nr. 2 (von Mendelssohn); 2305 Interview des Monats — Wiederholung; 00.05 Ein kurzes Gedicht.

Programm B:

6.10 Morgengymnastik: 6.20 Musikalische Uhr; 6.59 Eine Minute Hebräisch; 7.25 und 7.35 Gesänge; 7.55 Grünes Licht: — 8.10 Morgenprogramm: 10.05 Für die Hausfrau: 12.07 Im Arbeitsrhythmus; 12.30 Unsere Lieder; 13.05 Neuigkeiten und Melodien; 14.10 „Pop"; 15.05 Oriental. Weisen — Wunschprogramm; 15.52 Jüdische Bräuche und Begriffe; 16.05 Eine Minute Hebräisch; 1606 und 16.35 Ausländische Lieder, ins Hebräische übersetzt: — 16.30 Rätselraten — in Fortsetzungen — mit Schmuel Rosen: 17.05 Humor und Satire: 18.05 Lieder um ein Thema; 18.45 Täglicher Sportbericht: 21.05 Werke aus dem Mittelalter (Wiederholung): 22.05 Direkte Verbindung — die Mannschaft zu Ihrer Verfügung (Joram Arbel): 23.05 und 00.05 „Ich bin Dein und Du bist mein".

Sender H:

19.00 und 20.00 Nachrichten; 19.05 und 20.05 Melodie und Gesang.

Militärsender:

Nachrichten: jede Stunde.

6.05, 705 und 8.30 Morgenklänge plus Grüsse; 8.05, 12.05, 17.05 und 00.05 Morgenklänge; 9.05 und 10.05 Grüsse mit einem Lied; 9.55 Programm mit dem Oberstaatsanwalt der Armee, Sgan-Aluf Levi Schewet; 10.40 Ich und mein Lied — mit Efi Netzer; 10.55 Programm mit Uri Sela; 11.05, 12.30 u. 13.05 Warm und schmackhaft; 13.30 Das erinnert mich an... mit Ch. Semer; 13.35 Mitteilungen für Soldaten; 14.05 und 15.05 „Zwei bis vier"; 16.05 Rufen Sie bitte an (Iris Lavi); 17.05 Zahalchronik; 17.40 Chansons für jedermann; 18.05 Bitten von Soldaten in entfernten Stellungen; — 19.05 Sondergrüsse — mit Edna Peer ;20.05 Frisch und munter; 20.30 Jazzecke; 21.05 Radiobühne (Wiederholung): 22.05 Lasset uns plaudern — mit Natan Dunewitz (auch 23.05); 23.53 Mitternachtsgespräch — Prof. Gerschon Schaked: „Kalter Schmerz — die Jugend von Vardale".

In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen (1.30, 2.30, 3.30, 4.30, 5.30 Uhr): leichte Musik, Lieder, Chansons.

Schulfernsehprogramm:

10.00 „Was Du nicht willst, das man Dir tu' — das füg' auch keinem andern zu": 10.25 Blatt aus einem Buche: 10.35 Handfertigkeitsunterricht; 16.00 Was Amir über Klopsi u. die anderen erzählt: 16.13 Englisch: 16.32 Programm mit Jossi Stern — „Der Fleck"; 16.45 Film: Leonardo da Vinci; 17.02 Französisch.

Fernsehprogramm:

1.732 Nachrichten; 17.32 Informationsfilm; 17.42 Naturfilm; 18.05 Freizeitgestaltung — Was macht man in den grossen Ferien? 18.30 bis 20.00 Programm und Nachrichten in arabischer Sprache; 20.00 Erbgut — wie arbeitet das Militärrabbinat, seine Aufgabe in Kriegs- und Friedenszeiten; 20.30 Mabat; 21.00 „Macleod": „Park Avenue-Diebe": 22.15 Brennpunkt: 23.05 Tagesabschnitt — Nachrichten; 23.10 Informationsfilm.

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Dienstag, nachts bis 23.00 Uhr: King George 72, Tel. 286740, Ben Jehuda 183, Tel. 242673.

Ramat Gan und Umgebung: Jabotinsky 41, Tel. 731874

Bnei Brak: wie Ramat Gan.

Petach Tikwa: Chafer Chaim 6

Herzlia und Umgebung: Herzlia Sokolow 28.

Bat Jam: Haneviim 3

Cholon: Trumpeldor 4.

Natania: Schaar Hagai 14, Tel. 22695.

Ramle - Lod: Ramle Jabotinsky 13.

Beer Schewa: Schikun B. Bialik 5.

Haifa bis 21 Uhr: Atzmaut 59, Tel. 528855.

ab 21 Uhr: MDA, Tel. 512235, Kirjat Elieser.

AERZTEDIENST:

Tel Aviv: Dr. Har Even Epsteinstr. 6, Tel. 443281.

Magen David Adom: Aerzte Nachtdienst T.-A., Tel. 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" T.-A. MDA Tel. 101 Gusch Dan: MDA, Hagilgalstr. 42. Tel. 781111, Ramat Gan; Aschdod; MDA, Tel. 22222; Natania; MDA, Tel. 23333: Bat Jam; MDA Telefon 863333: Cholon: MDA, Tel. 843132; Petach Tikwa: MDA, Tel. 912333: Zfat: MDA, Tel. 101; Rechowot: MDA, Telefon 951333: Rischon Lezion: MDA, Telefon 942333; Herzlia; MDA, Tel 981333; Haifa: MDA, Tel. 101: Jerusalem: MDA, Tel. 101 Arad: MDA, Tel. 057-97222.

Kupat Cholim Merkazit: 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens: MDA, Tel. 101. Dr. Watts Allenbystr, 50, Tel. 50888 (nur tagsüber); Dr. Marc Dona, Hachasmonaimstr, A, Tel. 248228.

Kupat Cholim „Assaf": Tel-Aviv: Tel. 101; Gusch Dan; Tel. 781111; Bat Jam: Tel. 863333; Cholon: Tel. 843133; Haifa: Allgemeiner und Kinderarzt. Tel. 254630.

Kurz notiert

Der Industrielle Jekutiel Federmann (der auch Chef des Konzerns der Dan-Hotels ist), ist unter Protest aus dem Wirtschaftsbeirat der Regierung ausgeschieden. Federmann beklagt sich darüber, dass die Ministerien den Beirat missachten und dass der Beirat in dieser kritischen Zeit überhaupt nicht einberufen wurde.

x

Die Formulierung "legitime Interessen" der Palästinenser in der Abschlusserklärung Breschnew — Nixon wird von den Amerikanern als grosser Erfolg betrachtet. Die Russen hatten darauf bestanden, dass die "legitimen Rechte" der Palästinenser erwähnt werden, aber dies hatte Dr. Kissinger entschieden abgelehnt und hatte sich Nixon auf diese Linie festgelegt.

x

In einem Punkt gibt es schon substantielle Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und Israel. Sisco legte Peres nahe, den Jordaniern in irgendeiner Form eine Position in Jericho zu geben und die Truppen zurückzunehmen. Die gesamte Regierung (Rabin, Allon u. Peres) lehnte eine Truppenentflechtung am Jordan entschieden ab. Allon fühlt sich besonders getroffen, weil Hussein in seinen Vorschlägen in keiner Weise auf den Kompromissplan Allons für das Westufergebiet eingeht.

ISRAEL BEI DEN JUGEND-SCHACHMEISTERSCHAFTEN

Paris (AFP) — Der Israeli Niv Grindberg belegte bei den ersten Jugend-Schachweltmeisterschaften unter 30 Teilnehmern den guten 7. Platz. Weltmeister der jugendlichen Schachspieler bis zu 16 Jahren wurde der Engländer Andrew Jonathan Mestel mit 9 von 11 möglichen Punkten vor dem Sowjetrussen Jewgeni Wladimirow und dem Jugoslawen Oskar Orel. Der zweite israelische Teilnehmer, Ofer Komai, wurde Vierzehnter.

חדשות ישראל
ECHO DES TAGES

ואתיקן ישראלי ויהודי?

אין ספק שצודקים אלה אשר מפקפקים עמוקות מהתועלת המעשית של חזרת המפד"ל לממשלה — לפחות בתנאים הנוכחיים. גם הרצון המובן והלגיטימי של מפלגות הקואליציה להרחיב את הבסיס הפרלמנטרי של הממשלה לא יוכל להביא אותנו לכניעה כללית — על בסיס התכתיבים של רב ראשי אשר הזדרז לקבל את הסכמתם ואישורם של רבנים הידועים כקנאים ביותר ואשר מתגוררים בגולה — במתכוון ובדחיה ברורה וגלויה של המדינה הציונית.

האם באמת הגענו למצב בו הרבנות כמוסד, וכממסד תחליט על ענייני הממשל, על ענייני המדינה? האם באמת יצרנו כבר ואתיקן יהודי אשר בתור מדינה בתוך מדינה פועל ומכתיב את רצונו? יש לדחות מכל וכל ההתפתחות זו. עלינו להתנגד לה בכל הוקף ובכל כחנו. מוטב בהרבה שממשלת רבין תישען גם בעתיד על הרוב הקטן שלה אולם תפעל באופן בלתי תלוי מהסיבוכים המדיניים־דתיים ואישיים בהחלט של הרבנות.

כאן אין מדובר על דת. כאן אין מדובר על אמונה. כאן מדובר אך ורק על אינטרסים, באינטרס העם ככלל יש לדחות את הצעותיהם של הרבנים בנוגע להרכב ממשלת ישראל. אם לא נפעל כך היום נצטער על כך מחר.

מ. ב.

Ein israelischer, ein juedischer Vatikan?

Ohne jeden Zweifel haben all jene recht, die zutiefste Reserven der Idee gegenüber hegen, d. Religiös-Nationale Partei wieder in die Regierungskoalition einzugliedern. Jedenfalls unter den jetzigen Bedingungen ist ein solcher Anschluss der Religiösen an das *Kabinett Rabin* als äusserst zweifelhafte Angelegenheit zu werten. Dass es Koalitionsparteien geben mag, denen daran gelegen ist, die parlamentarische Basis der Regierung zu erweitern, kann nur als verständlich und legitim angesehen werden, aber eine solche Entwicklung darf nun keineswegs zu einer totalen Kapitulation führen. Und eine Kapitulation ist es, wenn man sich dem Diktat unterwirft, welches der Oberrabbiner vorbereitet hat. Dazu noch hat sich der Oberrabbiner schliesslich das Einverständnis und den Segen von Rabbinern geholt, die als religiöse Eiferer in negativem Sinne ebenso bekannt sind, wie als jüdisch-geistliche Persönlichkeiten, die den „Zionistischen Staat" keineswegs etwa bejahen.

Sind wir wirklich bereits so weit gelangt, dass das Rabbinat als Institution, als Establishment, als Gremium, das bedeutsam sein mag, in Angelegenheiten der Politik und des Regimes in Israel entscheidet? Haben wir es so weit gebracht, dass aus dem Rabbinat eine Art jüdischer Vatikan wurde, ein Staat im Staate, der ausserordentlich tät'g ist und seinen Willen als festen Stempel den politischen Instanzen des Landes aufdrückt? Eine solche Entwicklung muss mit *allem Nachdruck abgelehnt* werden, wir dürfen sie nicht einmal zur Kenntnis nehmen. All unsere Kraft haben wir einzusetzen, um jeden Keim einer solchen Entwicklung sofort zu ersticken. Es ist weitaus vorzuziehen, dass die Regierung Rabin auch weiterhin auf der recht geringen Parlamentsmehrheit beruhe, die sie zur Zeit besitzt, als dass sie sich gezwungen sehen könnte, den politisch-religiösen und zugleich unzweifelhaft recht persönlichen Komplikationen, die durch das Rabbinat hereingebracht werden würden, nachzugeben.

Hier ist nicht die Rede von Religion — das rede man uns nicht ein. Hier ist nicht die Rede von Glaube und Gottesfurcht — auch das rede man uns nicht ein. Hier ist ausschliesslich die Rede von Interessen. Im Interesse jedoch des ganzen Volkes, unserer Gesellschaft als Gesamtheit ist es unsere Pflicht, die Vorschläge, die vom Rabbinat her kommen, rundweg abzulehnen, sobald sie irgendetwas mit der Zusammensetzung unserer Regierung zu tun haben sollten. Sollten wir heute nicht so und nur so verfahren, werden wir das morgen zutiefst zu bereuen haben!

M. BIEL

Bemuehungen um mehr Einwanderer aus den USA

Die Jewish Agency hat neue Pläne ausgearbeitet, um amerikanische Bürger dazu zu bewegen, nach Israel zu kommen. Diese Pläne gehen in zwei Richtungen: einerseits will man versuchen, jüngere Leute für die Alija zu interessieren, indem man ihnen Arbeitsplätze nachweist, die ihren Berufen entsprechen, andererseits sollen auch ältere Menschen, die ihre Renten verzehren, dazu gebracht werden, ihren Lebensabend in Israel zu verbringen.

In den letzten Jahren war es gelungen, die Alija aus den USA entscheidend zu vergrössern, aber die Prozentziffern gaben die wirkliche Lage nicht wieder. Da in den ersten Jahrzehnten nach Staatsgründung nur wenige tausend Menschen aus den Vereinigten Staaten nach Israel gekommen waren, hatte sich die Steigerung dieser Alija, nach dem Sechs-Tage-Krieg statistisch sehr positiv ausgedrückt. Dennoch blieb die absolute Zahl verhältnismässig gering.

Die Zielsetzung der Agency und der Zionistischen Organisation geht nun auch in die Richtung von religiösen Kreisen, die man an bestimmten Siedlungspunkten im Lande gemeinsam sesshaft machen will. Einige hundert Familien haben sich, wie gestern bekannt wurde, bereits für derartige Siedlungsprojekte gemeldet, aber noch immer ist die notwendige Vorbereitung für ihre Einwanderung nicht abgeschlossen.

Die Opfer des Ueberfalls auf Maalot wollten den Chorew-Bericht ergänze[n]

Eine Reihe von Einzelheiten, die sie hätten bestätigen können, seien in den Bericht der Chorew-Untersuchungskommission nicht aufgenommen worden — erklärten *Schüler der religiösen* Mittelschule von Zfat, die von den Terroristen in Maalot als Geiseln festgehalten wurden.

Die Vertreterin der Schüler, Margalit Malka, die in Maalot schwer verwundet wurde, hatte sich sogleich nach den ersten Veröffentlichungen in der Presse an den Sekretär der Untersuchungskommission gewandt und um ihre Zeugenvernehmung gebeten. Nach einigen Tagen erhielt sie jedoch einen Brief, in dem ihr mitgeteilt wurde, dass die Kommission die Vernehmungen bereits abgeschlossen hat und die Schüler nicht mehr als Zeugen vernehmen kann.

Die Schüler wollten aussagen, dass die Terroristen nicht auf einer Erfüllung ihres Ultimatums bis 6 Uhr abends bestanden hätten. Der ebenfalls verwundeten *Schülerin Pnina Muzan sollen sie* versichert haben, dass sie völlig unbesorgt sein könnten und dass ihnen nichts geschehen werde, wenn Israel das Ultimatum nicht bis 6 Uhr abends erfüllt; sie seien zu einer Verlängerung bis 8 Uhr abends bereit. Als Margalit Malka die Frage stellte, warum die Terroristen diese Verlängerung nicht über den Lautsprecher bekanntgeben, wurde ihr versichert, dass eine solche Bekanntgabe erst wenige Minuten vor 6 Uhr erfolge, damit die israelische Regierung ernsthaft der raschen Erfüllung des Ultimatums nachkomme. **Die Zahal-Aktion sei daher für die Schüler so völlig unerwartet gekommen, dass sie nicht einmal daran denken konnten, vor den Schüssen und Handgranaten Deckung zu suchen.**

Auch die Mitteilungen in den *Nachrichtensendungen*, wonach die israelische Regierung bereits einer Auslieferung der inhaftierten Terroristen zugestimmt habe, mussten die Schüler davon abhalten, eine Befreiung aus den Händen der Terroristen aus eigener Kraft zu versuchen. Eine solche Gelegenheit hatte sich verschiedene Male ergeben, einmal zum *Beispiel*, als einer der Terroristen sein Kommandomesser den Schülern zur Öffnung von Konservenbüchsen überlassen hatte. Einer der Schüler, Jaacob Kibla, der bei dem Terroristenüberfall ums Leben kam, hatte eine Reihe solcher Befreiungs-Aktionen geplant. Zur ersten Vorbereitung unterbrach er die Elektrizitätsleitungen im Schulgebäude. Als er jedoch von der Bereitschaft der Regierung zur Erfüllung der Terroristenforderungen hörte, gab er seine Pläne auf. Dennoch betrachteten die Terroristen diesen jungen Mann als ihren ernsthaftesten Gegner und als Wortführer der Schüler und suchten auch mit ihm zu verhandeln. „Wa[s] ... erst aus diesem jungen ... werden, wenn er seinen M... dienst beginnt?", soll ein[er der] Terroristen bewundernd [fest]stellt haben.

Nach der Darstellung [der] Schülerin Pnina Muzan ... auch dieser tapfere Jaacob gewesen sein, der eine Z[ahl] der Sprengladungen verhi[nderte]. Er wurde beobachtet, wie [er] den herausgerissenen Zünd[ern] in der Hand im G[ebäude] herumlief und auf die M[öglich]keit eines *Sprungs* aus dem [Fen]ster verzichtete. Es war i[hm of]fensichtlich bewusst, das[s] dieses mutige Verhalten d... bringen konnte.

Schliesslich bemängelt[en die] Schüler, dass ihnen im [Hin]blick der Zahal-Aktion k[eine] Verhaltensanweisungen g[egeben] wurden. Bevor sie sich e[ntschei]den konnten, ob sie dur[ch die] Fenster springen oder si[ch in]nerhalb des Gebäudes in [Dek]kung bringen sollten, wur[den sie] bereits von den Terrorist[en er]griffen und als Kugelfa[ng be]nutzt. So war es den T[erroristen] sten noch eine Zeitlang m[öglich] weiter um sich zu schiess[en und] Handgranaten zu werfe[n].

Neues Elektrizitaetswerk bei Chedera arbeitet auch mit fluessiger Kohle

Das neue Elektrizitätswerk, welches bei Chedera errichtet wird, dürfte die Gesamtsumme von 440 Millionen Dollar kosten, um 150 Millionen Dollar mehr als ursprünglich veranschlagt, und zwar deshalb, weil das Werk von vornherein so gestaltet sein soll, dass es imstande ist, auch mit flüssiger Kohle, die aus dem Ausland in Tankschiffen nach Israel gebracht werden kann, betrieben zu werden.

Dies erklärte gestern bei einer Pressekonferenz in Jerusalem Handels- und Industrieminister **Chaim Barlew**. Er sagte auch, dass alles getan werden würde, um die neue Station so bald und so schnell wie möglich zu bauen. Barlew wies darauf *hin, dass die Errichtung* von Atomkraftwerken zwar geplant sei, aber bisher noch nicht in das Stadium der echten Verwirklichung gelangt sei.

Dennoch rechnet man damit, **dass in einem Zeitraum von zehn Jahren wenigstens zwei atombetriebene Kraftwerke in Israel errichtet sein werden**, wie im allgemeinen gut informierte Kreise, die der Elektrizitätsgesellschaft nahestehen, gestern abend erklärten.

Lebhaftere Boersen-Aktivitaet zu erwar[ten]

Aus der inzwischen veröffentlichten Index-Erhöhung um 0.3 Prozent (0.7 Punkte) dürfte sich in den kommenden Tagen ein steigender Verkauf von indexgebundenen Papieren ergeben. Inzwischen gingen bereits Bank Leumi-Stock, Bank Diskont u. Bank Hapoalim-Aktien, in die Höhe und es zeigt sich ein zu lebhafterer Aktivität.

Auf dem Schwarzen ... sank der Dollar um 1 ... *4.96 IL, während die D...* 1.97 IL und der Goldpr[eis] 24.000 IL je kg unve[rändert] blieben.

Aus dem Kurszettel der Tel-Aviver Börse

	14.7.1974
OBLIGATIONEN	
6% Devel. Loan Serie 4 bearer $ linked	262
6% Israel Electr. „B" $ linked	—
6% Industrial Devel. Bank Serie S $ linked	230.5
5% Dead Sea Works bearer $ linked	146.2
6½% Zim $ linked	129.2
Milve Klita 1961 Index 126,3	288.7
Milve Klita 1962 Index 132,4	276
Milve Klita 1964 Index 138,5	366.5
Milve Klita 1965 Index 110,1	327
Milve Klita 1966 Index 118,6	305.8
Milve Klita 1967 Index 118,9	297.6
AKTIEN-MARKT	
Ozar Hitjaschwut ord. shares reg.	263
I.D.B. Bankholding Ord. sh.	220
Isr. British Bank bearer	—
Bank Leumi „A" ord. stock	225
General Mortg. Bank ord. shares bearer	248
Isr. Dev. & Mortg. Bank „B" ord. sh.	255
Hassneh Insurance ord. sharer	186
Housing Mortg. Bank „B" ord sh.	245
Delek ord.shares reg.	140
Pal. Cold. Stor. & Suppl. IL 10	170
Africa Pal Investments ord. sh. reg. IL 10 b	296
Israel Land Development ord. sh. reg. IL 10	154
Solel Boneh Build. Works 10% bearer	130
Mehadrin	178
Anglo Israel Investment	181
Neot Aviv	81.5
Rassco 8% pref. ord. shares reg.	89
Ata „O" ord. reg. shares	120.5
Dubek	434.5
Photoelecta 8% ord. pref. part. bearer	85
Amerikan Israel Papper Mills	278
Assis	205
Elgar Investment bearer	90
Elern Investment Ltd. bearer	167.5
Paz Investments	98
Wolfson Clore Mayer Corp. reg. IL 10	90.5
Discount Bank Inv. bearer	167.5
Bank Leumi Investment ord. shares	199.5
Export Bank Investment	62
Clal Industries	168
Naphta Ltd. ord. shares	90
Lappidot ord. shares reg.	178
I.L.D.C. 10% conv. deb.	77.5
Ata 10% conv. deb.	85
D-Mark per $	—
Swiss Fr. per $	—
D-Mark	—
Natad (unter Banken)	4.73

TENDENZ AM GESTRIGEN BÖRSENMARKT
übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet B[ank]
Ohne Obligo

* = ex. coup. div. — K = Nur Käufer
** = ex. rights — V = Nur Verkäufer
S = Schlusskurs

Dollar Bonds: schwächer
Index Bonds: schwächer
Aktien: etwas fester

Schulamit Aloni beginnt Kampf gegen die Bürokratie

(AS) — Ihren Feldzug gegen die Bürokratie und die „Reibereien zwischen dem Publikum und den Staatsbeamten begann Minister ohne Geschäftsbereich **Schulamit Aloni** gestern mit einer Pressekonferenz, die eigentlich eine Beratung mit der Presse miteinschloss. Frau Aloni ventilierte ihre Pläne einer Reorganisierung gewisser Amtsgebahrungen und liess sich ihrerseits von den Pressevertretern Reformvorschläge unterbreiten.

Die Bemühungen laufen dahin, möglichst viele Amtshandlungen per Telefon erledigen zu können. Auch eine telefonische Auskunftstelle wird in Erwägung gezogen.

Der Bevollmächtigte für den Staatsdienst **Jakob Nizan** gab bekannt, dass Verhandlungen über das Offenhalten von Staatsämtern für den Publikumsverkehr — auch am Nachmittag geführt werden. Die Beamten widersetzen sich vorläufig noch in den meisten Fällen einem „zweigeteilten Arbeitstag"; doch die Postämter sind schon überall, ausserdem seit März 1974 auch die Einkommensteuer-Aemter, nachmittags geöffnet. Von den 60 000 Staatsbeamten hat fast die Hälfte Kontakt mit dem Publikum und es bestehe die Bemühung, durch Kurse das Verhalten dieser Beamten gegenüber den Parteien zu verbessern. Die Evidenzhaltung von Akteninhalten auf Mikrofilm hat sich in Bat-Jam bewährt und soll auch anderwärts zur Anwendung kommen.

Zu den Vorschlägen, die behandelt werden, gehört die Anregung, TV- und Radiolizenzen einmal alle 5 Jahre zu bezahlen, mit der Möglichkeit der Ratenzahlung mittels Coupons; ebenso käme eine Zahlung für Führerscheine alle 5 anstatt alle 2 Jahre zwecks Vereinfachung der Prozedur in Frage, gleichfalls evt. auf Raten mittels Coupons, in der Bank.

Auf Fragen erklärte Frau Aloni, dass sie ihre Bemühungen auch fortsetzen werde für den Fall, dass die RNP in die Koalition eintritt, was einen Austritt der Bürgerrechtsliste zur Folge hätte. **„Ich glaube aber nicht, dass der Maarach nur wegen der „historischen Tradition der Zusammenarbeit mit der RNP" auf sieben Knessetmandate in der jetzigen Koalition — Bürgerrechtsliste und UL — verzichten wird"**, *meinte die Ministerin.*

Ramat Chener Initiativ-Komitee „wegen Autobusdiskriminierung"

(M. Bi.) In Ramat Chen, dem Ramat Ganer Vorort südöstlich Jad Eliahu, haben sich einige Bürger in ein *Initiativkomitee* verwandelt, um dafür Sorge zu tragen, dass ein regelmässiger Scherutdienst von Tel-Aviv aus nach Ramat Chen und zurück eingerichtet wird. Die ersten Kontakte in dieser Angelegenheit sind bereits absolviert worden, wie gestern vom Initiativkomitee bekanntgegeben wurde.

Grund für diese Bürgerinitiative ist die Tatsache, dass es die „Dan"-Autobuskooperative für richtig gehalten hat, bis zum heutigen Tage die Busse der Linie Nr. 34 von der zentralen Autobusstation nach Ramat Jizchak nicht zum Vorkriegsdienst zurückkehren zu lassen. Seit Oktober des vergangenen Jahres verlässt der letzte Bus die Endstation um acht Uhr abends.

Die Bürger sehen in dieser Tatsache eine **Diskriminierung**, die sie nicht länger dulden wollen. Sie erklären auch, es sei ihnen völlig unverständlich, dass sowohl die Stadtverwaltung von *Ramat Gan* als auch das Verkehrsministerium nicht das geringste unternehmen, um diesem unerträglichen Zustand ein Ende zu bereiten.

BANKROTT-VERGEHEN BESTRAFT

Der 44jährige Schmuel Albas hatte vor drei Jahren den Bankrott erklärt, bis jetzt aber noch keinerlei Verpflichtungen abgedeckt.

Als seine Firma bereits nicht mehr bestand, liess er sich von den „Polgat"-Textilwerken in Kirjat Gat Stoffe im Werte von über 28.000 IL ausliefern und bezahlte mit neun ungedeckten Schecks. Die Ware verkaufte er zum halben Preis weiter.

Das Bezirksgericht Beer Schewa erblickte hierin eine fortgesetzte Straftat u. verurteilte Albas zu einer Gefängnisstrafe von vier Jahren (unter Einrechnung der Untersuchungshaft seit November vergangenen Jahres) und zu weiteren zwei Jahren Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Freiwilligenverbände zum Einsatz für die Bürgerwehr

(M. Bi.) — Im Anschluss an die Regierungsbeschlüsse in bezug auf die freiwillige Bürgerwehr erklärten gestern Sprecher von Freiwilligenverbänden im Lande, die auf völlig unpolitischer Basis tätig sind, es müsste auch von höchster Ebene her etwas getan werden, um gerade **in diesen Verbänden das Prinzip der Notwendigkeit der freiwilligen Meldung für die Bürgerwehr bekannt zu machen und durchzusetzen.** *Vielleicht wäre es angebracht*, so betonten die Sprecher, die Meldungen in organisierter Form in Logen und Organisationen vorzunehmen und auf diese Weise Gruppen von Freunden in die Bürgerwehr zu bringen.

Gerade die Gemeinsamkeit einer ganzen Reihe von in sich geschlossenen Gruppen könnte durchaus dazu führen, dass sie sich, ebenfalls gemeinsam, zu der Bürgerwehr melden u. dann, ebenfalls gemeinsam, den Dienst antreten. Die Sprecher sind der Ansicht, dass das weitaus effektiver wäre, als die bisherige Form der rein individuellen Meldung, die bei dieser Angelegenheit geübt worden ist.

Nur auf diese Weise sei es möglich, die Zahl der Freiwilligen zu erreichen, die man zu erreichen wünscht. Auf andere Art kann kaum angenommen werden, dass die Zahl von dreissigtausend Freiwilligen, die als Ziel gesetzt worden ist, jemals erreicht werden kann.

ISRAEL NACHRICHTE[N]
[ח]דשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE
— Nr. 165 —
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 326...
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Redaktion: Tel. 30014
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52

[...]matische [...]

Direkte milita[...]

[...]sprengt drei Haeus[er]
[...]ueden des Libanon